

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstausg. 1896.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (ausfüllig) 2 festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schiffsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 10. November 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Weiteres Vordringen in Serbien.

Rumänien und der Weltkrieg.

Der theoretische Führer des rumänischen Sozialismus, Genosse Dobrogeanu-Gherea, hat im ersten Kriegsjahr eine Schrift über die Stellung Rumäniens zum Weltkrieg veröffentlicht, die gerade im gegenwärtigen Augenblick besonderes Interesse beanspruchen darf.

Der zweite Teil der Broschüre, betitelt „Die Oligarchie und die äußere Politik“ bildet eine Untersuchung über die Ursachen der Neuorientierung der äußeren Politik Rumäniens. Die politische Gewalt in Rumänien war seit jeher durch einen stillschweigend geschlossenen Pakt zwischen den zwei realen politischen Faktoren des Landes — der Oligarchie und dem König — geteilt. Die Domäne der inneren Politik fiel der Oligarchie zu, während die Leitung der Geschäfte der äußeren Politik dem König Carol vorbehalten blieb.

Die durch die geographische Lage des Landes — mitten zwischen zwei mächtigen Reichen — bedingte absolute Neutralität mußte im Laufe der Zeit einer Politik der Anlehnung Rumäniens an eine der durch die imperialistischen Bestrebungen auf dem Balkan gebildeten gegnerischen europäischen Mächtegruppen Platz machen. Da zeigte es sich, wohin die Interessen des Landes gravitierten.

Die Anlehnung an Oesterreich-Ungarn-Deutschland ergab sich aus folgenden Gründen. Das ganze wirtschaftliche Leben Rumäniens ist mit den Zentralmächten und durch dieses mit dem Westen Europas eng verbunden. Oesterreich, oder wenigstens Ungarn, hat kein Interesse an einer Eroberung Rumäniens. Denn ein so großer Zuwachs, wie ihn die rumänische Bevölkerung Ungarns durch eine Einverleibung Rumäniens in die Monarchie erfahren würde, würde das Vordringen des rumänischen Elements in Ungarn bedeuten. Sollte es dennoch dazu kommen, so würde eine Annexion Rumäniens dazu führen, die dualistische Monarchie in eine tripartitische umzuwandeln, in der den 12 Millionen Rumänen die politische Vorherrschaft zufallen würde.

Andererseits verhält es sich mit Rußland. Mit ihm ist Rumänien weder durch wirtschaftliche noch durch kulturelle Bande verknüpft. Der politische Traum Rußlands ist die Eroberung Konstantinopels und die Beherrschung der Dardanellen. Der Weg nach Konstantinopel führt aber über Rumänien und Bulgarien. Das größte Bollwerk gegen diese Expansionsbestrebungen Rußlands ist die österreich-ungarische Monarchie. Die Existenz Oesterreich-Ungarns ist mittelbar eine Existenzbedingung für Rumänien. Auch Rußland stellt ein Risiko von Nationen dar, aber das Verhältnis der Nationen zueinander ist hier ein anderes. Dort gibt es eine mächtige herrschende Nation, die den zahlreichen ihr unterworfenen, kleineren, unterdrückten Nationen gegenüber eine Politik der gewalttätigen Entnationalisierung betreibt.

Obwohl der Verfasser der äußeren Politik des Königs Carol die sozialdemokratische Forderung: Gründung einer Balkanföderation entgegensetzt, die mit oder ohne Anlehnung an Oesterreich die beste Garantie für die Existenz und die Unabhängigkeit der Balkanvölker gegenüber den russischen Expansionsbestrebungen bedeuten würde, erkennt er jedoch bei der Politik des Königs Carol eine gewisse innere Logik und Continuität an, die das Land vor manchem Fehlschlag bewahrt habe.

Auf die Frage, warum Rumänien jetzt gewillt zu sein scheint, mit dieser 40 Jahre lang bewährten äußeren Politik zu brechen, gibt Gherea folgende Antwort:

„Unsere in der letzten Zeit immer zahlreicher gewordene politische Oligarchie, im Glauben, sie sei politisch reif genug, riß die Leitung der äußeren Politik aus den Händen des Königs an sich. . . Diese Expropriation geschah aber nicht zugunsten der Nation, sondern zum ausschließlichen Nutzen der aus einigen tausend Politikern und ihrer Klientel bestehenden Oligarchie, die dank einem abscheulichen Dreiklassenwahlrecht bereits seit mehr als 40 Jahren die Alleinherrschaft in der inneren Politik Rumäniens ausübt, und der die noch abscheulichere neuherrliche sozialwirtschaftliche Verfassung des Landes die ökonomische Macht in die Hände spielt.“

Diese Oligarchie benutzte in der äußeren Politik die gleichen Methoden und Praktiken, deren sie sich bisher in der Leitung der inneren Politik bediente. Dieselbe Oberflächlichkeit, die gleiche Unfähigkeit und der gleiche Mangel an leitenden Prinzipien und Skrupeln, dieselbe Hypertrophie der persönlichen Interessen, die gleichen Personenkämpfe um die Parteileitung, schroffen Koterien- und Klientelkämpfe, Straßenaktionen zur Einschüchterung der Gegner und des Königs — alle diese Methoden wurden aus der inneren auf die äußere Politik übertragen.

Früher fühlten sich unsere Professoren und Studenten in

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 9. November 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Es sind keine Ereignisse von Bedeutung zu melden. — Versuche der Franzosen, das ihnen am Hilfsfirst entriffene Grabenstück zurückzugewinnen, wurden vereitelt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die russischen Angriffe wurden auch gestern westlich und südlich von Riga, westlich von Jakobstadt und vor Dünaburg, ohne jeden Erfolg fortgesetzt. In der Nacht vom 7. zum 8. November waren feindliche Abteilungen westlich von Dünaburg in einen schmalen Teil unserer vorderen Stellung eingedrungen. Unsere Truppen warfen sie im Gegenangriff wieder zurück und machten einen Offizier, 372 Mann zu Gefangenen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Im Laufe der Nacht fanden an verschiedenen Stellen Patronenankämpfe statt.

Heeresgruppe des Generals v. Linlingen.

Bei einem erfolgreichem Gefecht nördlich von Komarow (am Styr) wurden 366 Russen gefangen genommen.

Balkankriegsschauplatz.

Südlich von Kraljevo und südlich von Krusevac ist der Feind aus seinen Nachhutstellungen geworfen. Unsere Truppen sind im weiteren Vordringen. Die Höhen bei Sjanis auf dem linken Ufer der Südlichen Morava sind erstrürt.

Die Bente vor Krusevac erhöht sich auf etwa 50 Geschütze, darunter 10 schwere, die Gefangenenzahl auf über 7000.

Die Armee des Generals Sojadjjeff hatte am 7. November abends nordwestlich von Aleksinac, sowie westlich und südwestlich von Risch die Südliche Morava erreicht und hat im Verein mit anderen, von Süden vorgehenden bulgarischen Heeresteilen Leskovac genommen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkstabsbericht.

Wien, 9. November. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht: 9. November 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Nördlich von Jazlovic an der unteren Strypa und westlich von Szartorski am Styr wurden russische Angriffe abgeschlagen. Sonst nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Mehrere feindliche Angriffe an der Isonzofront auf Zagora, in den Dolomiten, auf dem Col di Lana und dem Sieffattel wurden abgewiesen.

Südböhmischer Kriegsschauplatz.

An der montenegrinischen Grenze ist die Lage unverändert.

Von den in Serbien kämpfenden I. und II. Truppen hat eine Gruppe Ivanjica besetzt, eine andere den Feind aus seinen an der Straße Ivanjica-Kraljevo angelegten Höhenstellungen geworfen.

Deutsche Kräfte vertrieben den Gegner aus seinen Besatzungen südlich von Kraljevo. Südlich von Trstir stehen unsere Bataillone im Kampf. Die im Raume von Krusevac operierenden deutschen Divisionen dringen südwärts vor.

Die Bulgaren haben Leskovac in Besitz genommen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkstabs: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ermangelung einer geeigneteren Beschäftigung dazu berufen, durch Straßenbewegungen die eine Regierung zu stürzen, um eine den Anschauungen dieser Schuljungen entsprechende Regierung ans Ruder zu bringen — jetzt versuchen es dieselben studierenden Jünglinge unter der Leitung ihrer Professoren, ebenfalls durch Straßenaktionen der äußeren Politik die Direktive zu geben und über Krieg und Frieden zu bestimmen.“

Daher die Unsicherheit, die Oberflächlichkeit, der Stimmungswandel und die Widersprüche in bezug auf Fragen der äußeren Politik nicht nur von Partei zu Partei, sondern auch

innerhalb derselben Partei, wie sich dies bei den Debatten anlässlich des Balkankrieges offenbarte und bei den jüngsten Vorgängen in der konservativen Partei wiederholte.

Die erste unglückselige Frucht des Eingreifens dieser neuen Faktoren in die äußere Politik Rumäniens war der Krieg von 1913 gegen Bulgarien.

Was die unheilvolle Folge eines Krieges Rumäniens gegen Oesterreich-Ungarn sein könnte, zeigt Gherea in dem ersten Teil seiner Broschüre, die eine Reihe von Artikeln vereinigt, die der Verfasser in den ersten Monaten des Krieges im Zentralorgan der rumänischen Sozialdemokratie „Dupla“ veröffentlicht hat.

Bei Kriegsausbruch würde die einzige Verkehrsader Rumäniens mit dem Zentrum und dem Westen Europas — da die Dardanellen gesperrt sind — abgeschnitten und der Schwerpunkt seines wirtschaftlichen Lebens nach Rußland hin verlegt werden. Was das bedeutet, erblickt daraus, daß der weitaus größte Teil des rumänischen Handels und sein Kredit von Deutschland abhängig sind. Rußland dagegen ist ebenso wie Rumänien Agrarland. Das würde aber den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten. Ferner würde ein Angriffskrieg gegen Oesterreich-Ungarn zu einer militärischen Kooperation mit Rußland führen, was gleichbedeutend sei mit einer völligen Einverleibung und Unterordnung der rumänischen Armee unter die militär-strategischen Ziele Rußlands. Das rebandellüsterne Bulgarien würde diesen günstigen Augenblick ausnützen, um für die ihm 1913 zugefügte Demütigung Vergeltung zu üben.

Ein Krieg nach zwei Fronten und der sich bald fühlbar machende Mangel an Geld und Munition, ohne die ein moderner Krieg undenkbar ist, würden das übrige tun, um den Zusammenbruch zu vollenden.

Das Hauptargument der rumänischen Kriegsheher ist, daß dieser Weltkrieg die Dekomposition Oesterreichs zur Folge haben wird, und daß es nationaler Berrat wäre, diese seltene Gelegenheit, die die Weltgeschichte bietet, die nationale Einigung der Rumänen zu vollziehen, unausgenützt vorübergehen zu lassen. Diesem Trumpf hält Genosse Gherea mit Recht die Erwiderung entgegen, daß die sich gegenüberstehenden Koalitionen zu stark seien, um voneinander vernichtet werden zu können. Auch sei der Zweck dieses Krieges, der als imperialistischer Krieg bezeichnet werden müsse, nicht die vollständige Vernichtung des Gegners, sondern die Unterwerfung von weniger entwickelten, schwachen, kleinen Ländern. Die Folge dieses Krieges würde eine allgemeine Erschöpfung aller Parteien sein, und es könnte der von Sir Edward Grey prophezeite Fall eintreten, daß die erschöpften Großmächte aufgestanden, sich auf Kosten des unterliegenden Gegners zu entschädigen, dies — wie oft in der Geschichte — auf Kosten der kleinen Staaten versuchen würden. „Dann aber wehe denjenigen Ländern, die durch ihre Stellungnahme in dem gegenwärtigen Kriege den Zorn der einen oder anderen Partei erregt haben, und die, durch die Teilnahme am Krieg ebenfalls erschöpft, keine andere Rechtfertigung ihres Handelns haben werden, als die diplomatischen Versprechungen und die Dankbarkeit — Rußlands!“

Unter solchen Umständen einen Krieg vom Zaune zu brechen, wäre Wahnsinn. Die schwere Verantwortung dafür würde jedoch die rumänische Oligarchie allein zu tragen haben. Die Parole der rumänischen Sozialdemokratie ist daher: Absolute Neutralität.

Ein Rücktrittsgesuch Kitcheners?

London, 9. November. (W. Z. B.) In der Sonnabendnummer des „Globe“, die der Anlaß zur Beschlagnahme war, heißt es: Wir haben gestern gemeldet, daß Kitchener dem Könige das Rücktrittsgesuch überreicht hat, daß dieses aber nicht angenommen worden ist. Eine Stunde nachher veröffentlichte das Pressebureau die amtliche Ablehnung. Wir wiederholen heute unsere Feststellung. Kitchener hatte Donnerstag Audienz beim König und überreichte sein Rücktrittsgesuch, das nicht angenommen wurde. Die Veröffentlichung dieser Mitteilung hatte die gewünschte Wirkung. Sie verhinderte, daß ein bölliger Wechsel in der verantwortlichen Kriegsführung hinter dem Rücken der Nation ausgeführt wurde. „Globe“ sagt weiter: Kitchener wurde durch Amtsciele und Machenschaften der Politiker dazu gebracht, dem König seinen Rücktritt anzubieten. Ein dringendes Ersuchen des Pressebureaus macht es uns unmöglich, über die weiteren Entschlüsse Kitcheners zu berichten. Aber wenn die Nation erfahren wird, wo er ist, wird sie beurteilen können, ob die Erklärung, daß Kitchener während seiner vorübergehenden Abwesenheit fortzuführen werde, richtig ist, und wird die Notwendigkeit erkennen, daß das Parlament in der nächsten Woche in vollem Maße von seinen Befugnissen Gebrauch macht. Glücklicherweise gibt die Kreditbewilligung Gelegenheit, die Nation die volle Wahrheit wissen zu lassen.

* C. Dobrogeanu-Gherea, „Krieg oder Neutralität“, Bularest, Verlag Secescu u. Co., 1914.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. November. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Dem vorhergehenden Berichte ist nichts hinzuzufügen.

Paris, 9. November. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Im Laufe des Tages wurden heftige Artilleriekämpfe an mehreren Frontgebieten durchgeführt, besonders im Artois in den Abschnitten von Loos und des Waldes von Cambrai nördlich von Aves, in der Umgebung von Anbecq und in der Champagne östlich von Tahure sowie nördlich von Wassigny. Unsere Batterien zerstörten nördlich Saint Mihiel ein deutsches Flugzeugabwehrgeschütz. In den Vogesen war der Kampf auf kurze Entfernung mit Petarden und Bomben in der Umgebung von La Belleste fortgesetzt sehr lebhaft. — Belgischer Bericht: Ruhe auf der ganzen Front.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 9. November. (B. L. V.) Amtlicher Bericht vom 8. November. In Kurland gelang es unseren Abteilungen unter Mitwirkung der Artillerie die Gegend von Frankendorf (2 Kilometer südlich Sälol) zu besetzen und südlich des Dabitsch Fortschritte zu machen. In der Gegend von Mitau gingen unsere Truppen in südlicher Richtung vor und besetzten die Linie Jansen-Platz, während westlich Uexüll (8 Kilometer) das Dorf Dupelje genommen wurde. Auf dem Westufer des Swentenees dauerte der wiederbegonnene heftige Kampf noch an. In einigen Abschnitten drangen unsere Abteilungen in die erste Grabenlinie des Feindes ein. Westlich des Demmenes heftiger Artillerie- und Infanteriekampf. Durch kräftige Angriffe gelang es unseren Truppen, mehrere Linien der feindlichen Stellung bei dem Dorfe Huta-Litovska zu besetzen, 400 Soldaten gefangen zu nehmen und Maschinengewehre zu erbeuten, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Westlich des Dlonka-Flusses, nördlich Kollki (11 Kilometer) drangen wir in die feindliche Front ein, besetzten die besetzten Stellungen, nahmen 400 Soldaten gefangen und erbeuteten 6 Maschinengewehre. Der erbitterte Kampf dauert noch an. Bei den Dörfern Komarow und Kullikowice, südlich des Dlonka-Flusses, entwickelte sich ein hartnäckiger Kampf. Der Angriffsvorstoß südöstlich Uciezko (17 Kilometer nordwestlich Baleszchki am Dnjeper) wurde durch unser Feuer zurückgewiesen.

Aus einem russischen Befehl.

In einem Befehl an die russische 2. Armee der Nordwestfront vom 26. Juli 1915 lauten die Ziffern II, 1, 2 und 3 in wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

Die Verluste betreffend.

1. Verluste bis zu 50 Proz. sind als normal zu erachten. Bei der heutigen Entwicklung des Feuerkampfes sind geringere Verluste bei einem einigermaßen ernsthaften Kampfe anzuschließen.

2. Nur Verluste, die 75 Proz. erreichen, sind als schwer zu erachten.

3. Keinerlei Verluste rechtfertigen das Verlassen der Stellung. Einen guten Truppenteil dürfen auch noch so große Verluste nicht zum Rückzug zwingen. Auch muß man sich ständig bemühen, daß der Feind, wenn man selbst schwere Verluste erleidet, auf jeden Fall keine geringeren hat. Die Entscheidung hängt nicht von den Verlusten, sondern vom Geiste ab. Wer an Geist, Charakter und Hartnäckigkeit sowie Ausdauer sich als der Stärkere erweist, der trägt den Sieg davon. Alle Führer müssen von solchem Geiste durchdrungen sein und dürfen sich auch durch die schwersten Verluste nicht erschüttern lassen. Im Gegenteil, gerade hier ist dem Führer Gelegenheit gegeben, seine Tapferkeit und Entschlossenheit zu beweisen, dadurch die zaghaften Mannschaften zu neuen kraftvollen Taten emporzureißen und so durch den Sieg des Geistes dem Feinde den realen Sieg zu entreißen. (wyrvat) realnuju pobjedu u wroga.)

Der Armeeführer.

General der Infanterie gez. Smitnom.

Gegenzeichnet:

Der Chef des Stabes:

Generalleutnant gez. Kwiecinski.

Der Befehl zeigt zweierlei. Welch gewaltige Verluste müssen die Russen gehabt haben, wenn sie 50 Proz. als „normal“ bezeichnen! Und wie muß das deutsche Feuer auf Körper und Geist der russischen Truppen vernichtend gewirkt haben, wenn diese trotz der obenbezeichneten Anweisungen doch immer Stellung auf Stellung räumten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 9. November. (B. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom 8. November. Im Doonetal führte eine unserer Patrouillen bei Ponte Mirandin zwischen den Ortschaften Doone und Aiber gegen feindliche Abteilungen vor und jagte sie in die Flucht. Im Hochcordevoles war unsere Offensive gegen das feine Volkswort Col di Lana von Erfolg gekrönt. Die außerordentlichen Geländeschwierigkeiten, erhöht durch zahlreiche starke Verteidigungswerke, der erbitterte Widerstand des Feindes und die Mähdien des frühzeitigen Winters vermochten nicht, den Vormarsch unserer tapferen Truppen aufzuhalten. Gestern nachmittag bemächtigte sich unsere Infanterie nach wirksamer Artillerievorbereitung in einem letzten wüsten Angriff der feindlichen Stellungen und pflanzte unsere Fahne auf dem steilen Gipfel auf, der inmitten des Schnees zu einer Höhe von 2484 Metern sich erhebt. Wir machten außerdem gegen 100 Gefangene, darunter 4 Offiziere, die dem 3. Kaiserjägerregiment angehörend, und erbeuteten ein Maschinengewehr und eine große Menge Munition und anderes Kriegsmaterial. Längs der Sionofront dauerte die Tätigkeit unserer Artillerie an. Mit deren Unterstützung unternahm unsere Infanterie sühne Anstöße gegen die feindlichen Verteidigungswerke. Wir machten außerdem einige Gefangene und erbeuteten zwei Bombenwerfer, ein Maschinengewehr und viel Munition.

Cadorna.

Von der Dardanellenfront.

Konstantinopel, 8. Novbr. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront bei Anasaria machte unsere Artillerie ein Geschütz einer feindlichen Batterie bei Burnatepe unbrauchbar und brachte ein Munitionsdepot zur Explosion. In diesem Abschnitt fand das gewöhnliche Infanterie- und Artilleriefire sowie Kämpfe mit Bomben statt. Unsere Bomben führten in den feindlichen Schützengräben beträchtliche Wirkung herbei. Bei Sedd ul Bahr auf dem linken Flügel lebhafteres Artilleriefire. Ohne Mine, die der Feind auf dieser Front springen ließ, verursachte in seinen Schützengräben Schaden infolge einer Gegenmine. Sonst ist nichts zu melden.

Der montenegrinische Bericht.

Paris, 9. November. (B. L. V.) Amtlicher montenegrinischer Bericht. Der Kampf bei Grahovo dauerte am 8. November den ganzen Tag und die Nacht hindurch während fortwährend an Vortage warfen wir den Feind, der schwere Verluste erlitt, siegreich zurück. Wir zerstörten Ansammlungen von österreichischen Truppen. Auf der übrigen Front heftiger Artilleriekampf.

Die Kämpfe gegen Serbien.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Als sich in der zweiten Hälfte des Monats September der Aufmarsch der verbündeten Heere auf dem nördlichen Donauufer vollzog, dachte man in Serbien noch nicht an die von dort her drohende Gefahr. Der Feind hatte wohl Kenntnis von Truppenausübungen, er rechnete aber nur, wie spätere Befangenenaussagen bestätigen, mit einer stärkeren Besetzung der Verteidigungsstellung der ungarischen Donauufer. Die konnte auch an eine Offensive der Verbündeten in einer ganz neuen Richtung gedacht werden, zu einer Zeit, in der die Entente Angriffe größeren Stils auf allen Kriegsschauplätzen vorbereitete. So vereinte Serbien seine Hauptkraft gegen den Großfeind Bulgarien, dessen Haltung sich immer mehr der der Entente zu entfremden schien. Es galt für die Verbündeten, den Serben möglichst lange in seinem Glauben zu belassen, um dann überraschend mit starker Kraft an verschiedenen Stellen gleichzeitig serbischen Boden betreten zu können. Welche Schwierigkeiten es macht, einen Fluß zu überwinden, dessen Breite durchschnittlich 700 Meter und mehr beträgt, dessen Ufer bei der herblichen Kossava denen der See gleichkommen und der zum Teil von Höben überragt ist, die einer feindlichen Artillerie denkbar günstige Wirkung ermöglichen, wird auch jedem Fernstehenden klar sein. Dieien auch nicht die Hauptkräfte der Serben das südliche Donauufer besetzt, so ergaben doch die angeführten Umstände, daß der Feind ebenfalls hier auf der Hut war und die Nordgrenze seines Reiches mit fortlaufenden Verteidigungsanlagen versehen hatte, zu deren Besetzung nicht unerhebliche Truppen und Artillerie bereit standen. Den Hauptstützpunkt der Verteidigungsanlagen bildete die Festung Belgrad, jenes alte Bollwerk, das seiner Zeit von den Türken angelegt, der ruhmvolle Kriegsschauplatz Prinz Eugenerischer Truppen gewesen war. Hier sollten 200 Jahre später die Nachkommen jener heldenreichen Heere, wiederum zum Vunde vereint, sich ihrer Vorbildern würdig erweisen. Unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls v. Wadensin hatte sich der Aufmarsch der Armeen Koewch und Gallwitz planmäßig vollzogen. In den ersten Oktobertagen standen die deutsch-österreichisch-ungarische Armee im Save-Donau-Dreieck, die deutsche Armee zwischen Temos- und Karas-Fluß. An der Savemündung und an dem Donaubogen bei Nam sollte zuerst der Uebergang erzwungen werden, dort war die Masse der Geschütze in Stellung gebracht, dort hatten die Pioniere in mühevoller nächstlicher Arbeit Brücken und Uebersehmateriale aller Art bereitgestellt. Vom Feinde war in den Zeiten der Vorbereitungen wenig zu merken; hin und wieder feuerte serbische Artillerie vom südlichen Ufer, doch ohne Erfolg, hier und dort mahnten serbische Flieger, noch nicht zu offen die Karten aufzudecken. Ihrem zu häufigen Erscheinen wurde indessen bald von den inzwischen eingetroffenen deutschen Fliegerabteilungen ein Ziel gesetzt; in breiter Front überflogen sie serbisches Gebiet, bekämpften im Luftkampf ihre Gegner, besetzten die Arienale und Militärlager ausgiebig mit Bomben und ergänzten durch ihre Aufklärung jenes Bild, das man sich an oberster Stelle durch den serbischen Aufmarsch gemacht hatte. Am 6. Oktober begann an genannten Stellen das sich von Stunde zu Stunde steigende Artilleriefire und mit ihm die unmittelbare Vorbereitung zum Donauübergang. Das Oberkommando beabsichtigte zunächst auf den Höfen südlich Belgrad und beiderseits der Anatema-Höhe, später rechts und links der Morava, Brückenköpfe zu schaffen, unter deren Schutz die Truppe befähigt sein sollte, das zur Offensive erforderliche Material auf das südliche Donauufer zu ziehen. Gleichzeitig ausgeführte kleinere Unternehmungen längs der Drina, an der mittleren Save sowie an der Donau zwischen Bl. Stadiste und Orsowa sollten den Feind über die Absichten der Verbündeten im unklaren lassen. Am späten Nachmittag des 6. Oktober stießen im Beisein des Generalfeldmarschalls v. Wadensin die ersten Freiwilligen bei Balant vom ungarischen Donauufer ab. In schneller Fahrt wurde der reißende Strom überwunden und in gespanntem Schweigen begleiteten die zurückgebliebenen Kameraden jene braven Pioniere, die als erste Deutsche serbischen Boden betreten. Noch immer hatte sich beim Feind nichts gerührt, zeitweise grüßte ein serbischer Kanonenschuß von der Anatema-Höhe aus, sonst schien das feindliche Ufer wie ausgestorben. Direkter Widerstand war demnach hier nicht zu erwarten. Trotzdem entschied man sich, den Uebergang der Massen an dieser Stelle nicht in die Nacht hinein vorzunehmen. Die steil vom Ufer aus steigende Gorica-Höhe konnte in ihren Schluchten feindliche Kräfte bergen, deren Vorstoß bei Dunkelheit den Unseren verhängnisvoll werden konnte. Am frühen Morgen des 7. begann der Uebergang der Infanterie an drei verschiedenen Stellen. Komitatichs (Pfeilschützen), die sich in dem Dorfe Nam und seinem hart am Fluß gelegenen malerischen Kastell zur Wehr legen wollten, wurden überrannt. Was den deutschen Kolben nicht lennen lernte, wanderte auf den zurückfahrenden Pontons in guten Gewahrsam. Mit Verlässlichkeit ausgerüstet, begleitet von zahllosen kleinen Pferden, deren Rücken Munition und Maschinengewehre trugen, so erkletterte unsere Infanterie das megelese ungewohnte Höhen- und Schwache, mit ungenügenden Kräften geführte Gegenschöße der Serben vermochten das Fortschreiten deutscher Truppen nicht aufzuhalten. Bis zum Abend war die Gorica-Höhe in unbestreitbarem deutschem Besitz, starke Infanterie hatte sich eingebracht. Maschinengewehre waren eingebaut und Gebirgsgechütze lauerten in Stellung auf den Versuch des Feindes, uns das besetzte Gebiet wieder zu entreißen. Anders stand es um den Uebergang bei Belgrad; dort versuchte der Feind schon zum Schutze seiner Hauptstadt über starke Artillerie, englische und französische Geschütze krönten gemeinsam mit serbischen den Kaimogdan, jene der Hauptstadt vorgelegene weißlich schiffbare Zitadelle, und mittlere und schwere Kaliber harreten auf den überragenden Höfen des Topcider und Barnovo ihrer Ziele. War die Wirkung von der Karas-Mündung her eine mehr moralische, so galt es hier im schweren Artillerieueell erst seine Ueberlegenheit zu beweisen. Noch war es nicht geklärt, die zum Teil gut eingebetteten schwer auffindbaren Geschütze zum Schweigen zu bringen, als bereits die Zeit für den Uebergang gekommen war. Die gegen Sicht schließende Nacht mußte hier heftig bestehen. Als der Morgen graute, lagen vier österreichisch-ungarische Bataillone am Fuße der Belgrader Zitadelle. Notdürftig durch einen Bolndamm gedeckt, mußten jene Tapferen in schwerem Kampfe 12 Stunden ausharren, bis die Nacht ersehnte Verstärkung brachte. Deutsche waren unterdessen in fortlaufendem Uebersehen auf die vom Feind besetzte südwestlich Belgrad gelegene Große Zigeunerinsel gewiesen. Hier lauerte im dichten Buschwerk ein gut bewaffneter, zahlreich verteidigender Gegner. Trotzdem viele Pontons von Schüssen durchbohrt lenteren oder auf Rinnen liefen, trotzdem die Strömung manches Fahrzeug mit sich riß, trotzdem durch Handgranaten und Maschinengewehrfeuer große Läden in die Reihen gerissen wurden, die großen Mannschaften ließen sich nicht aufhalten, sie drangen vorwärts und entrieffen im Bajonettkampf dem Feinde Schritt für Schritt. Die Verbindung zum nördlichen Ufer war abgerissen, da sämtliche Uebersehmateriale zerstört, die sie bedienenden Pioniere außer Gefecht gesetzt waren. Sechs Kompagnien aber hielten gegen starke Ueberlegenheit im heldenhaften Kampfe eine notdürftig mit dem Spaten geschaffene uneinnehmbare Stellung. Der Abend brachte Verstärkungen, und bis zum frühen Morgen des 7. war das südliche Drittel der Großen Zigeunerinsel in deutschem Besitz. Unvergänglich wurde der Uebergang auf serbisches Festland jetzt fortgesetzt, das Säubern der Insel von dem noch haltenden Feind war nunmehr in zweite Linie gerückt, der Vormarsch zu den die Stadt beherrschenden Höfen war in den Vordergrund getreten. Aber auch dieser Weg mußte den sich zahlreich verteidigenden Serben mit Blut entrieffen werden. Auch hier waren es wieder die schweren Kaliber, die der Infanterie den Weg zum Siege ebneten. Ihre verheerende Wirkung war den Serben bis dahin nicht bekannt. Am Abend des 8. stand die Infanterie eines deutschen Armeekorps auf den Topcider-Höfen und besetzte damit den Fuß der Stadt Belgrad. Dort kämpften österreichisch-ungarische Truppen am Nordrand um die Zitadelle einen erbitterten Straßen- und Häuser-

kampf. Eine von Topcider aus zur Verbindung mit den Verbündeten entsandte deutsche Abteilung erreichte am frühen Morgen die Mitte der Stadt. Ihr Führer war jener Hauptmann, der in den Augstagen in Südpolen als erster mit seiner Truppe eines der Bewerke von West-Litowol erstritten hatte. Er erstürmte am 9. Oktober bei Tagesanbruch das serbische Königsschloß, das noch vom Feinde besetzt gehalten wurde, und hielt auf ihm die deutsche Flagge. Gleichzeitig hatten sich die Verbündeten den Zugang zum Kaimogdan erkämpft und die Zitadelle mit der österreichischen Kaiserstandarte gekrönt. Um dem Druck der Umfassung zu weichen, hatten die Serben Hals über Kopf ihre Hauptstadt geräumt.

Von Belgrad und der Gorica-Höhe schritt die Offensive langsam vorwärts. In der berechtigten Annahme, der Feind werde dort die Kräfte seiner Nordfront zusammenziehen, konnte zur schwierigsten Arbeit, dem Uebergang gegenüber der Moravamündung, geschritten werden. In einem dedungslosen, beiderseits des Stromes von Sümpfen durchsetzten Gelände, ohne ausreichende Artilleriestellungen, von serbischen Höfen überragt, mußte hier der Strom überwinden werden. Brandenburger und Bayern sollten an jener Stelle Schulter an Schulter den Feind deutsche Ausdauer und Kraft lehren. Die einsetzende Kossava erhöhte die Schwierigkeit. Nach mehrstündigem Ringen mit menschlicher und elementarer Kraft wurde auch hier die Arbeit vollbracht. Im Anschluß an die Truppen, die mittlerweile in mehr oder weniger leichten Kämpfen die Anatema-Höhe überschritten hatten, ging es im fortschreitendem Angriff nach Süden weiter, während sich Teile nach dem fort verteidigten Semendria und dem westlich gelegenen vom Feinde besetzten Höhengelände wendeten. Es kam jetzt darauf an, möglichst schnell die Verbindung mit dem linken Flügel der Arme Koewch herzustellen, um den Donauweg von Belgrad her frei zu machen und der Armee Gallwitz das stromaufwärts bereitgehaltene Brückenmaterial zuführen zu können. Zeitkräftig konnte hier die Donauflotte, die sich schon bei Belgrad Vorbereiten erworben hatte, die Kämpfe auf dem Lande unterstützen. Am 18. Oktober räumte der Feind die hartnäckig verteidigten Höfen bei Groda. Die Verbindung der beiden Armeeflügel war hergestellt, das Donauufer von Belgrad bis Bazias vom Feinde frei. Der Weg zur 11. Armee war offen.

Nunmehr schien den Serben die Erkenntnis zu kommen, daß ein starkes Heer mehr von ihnen fordere, als sie gehabt hatten. Aus allen Teilen des Reiches wurde herangezogen, was irgendwie verfügbar war. Aber selbst bei den kurzen Entfernungen war es nicht möglich, mit den mangelhaften Beförderungsmitteln und den trostlosen Wegeverhältnissen Truppen schnell zu verschieben. Immerhin wuchs die Aussicht, einen starken Feind vor die Klinge zu bekommen und damit, ihm einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Von der Drina wurden Truppen herangezogen, die Macva wurde geräumt, der Negotiner Kreis nach Möglichkeit frei gemacht und von der bulgarischen Front sollten Divisionen auf der Bahn über Cuperje in das Morawatal. Von jener Front etwas Erhebliches meggunehmen, dazu war es jetzt zu spät geworden.

Am 14. Oktober hatte der Jar der Bulgaren dem König Peter den Krieg erklärt. Vergeblich wandten sich die serbischen Botschafter nach dem ersehnten Vormarsch aus Saloniki, dem erhofften italienischen Durchmarsch durch Montenegro, dem versprochenen russischen Expeditionskorps. Der Serbe sollte auf sich selbst angewiesen bleiben. Selbst sein bester Bundesgenosse, der unauffällig niederströmende Regen, und das miserable Wogensch seines Landes vermochten den Vormarsch seiner Feinde nicht aufzuhalten.

Im Timoktal gelang es allerdings starken serbischen Kräften, der bulgarischen Offensive zwischen Jarjecar und Anjagovar Einhalt zu gebieten. Dafür rückte aber ein starkes bulgarisches Heer von Südosten unaufhaltsam vorwärts. In den Tagen vom 20. bis 22. wurden die Bahnen bei Valjevo und Beles, der Lebensnetz für die serbische Armee vom Meere her, in Besitz genommen, am 23. Oktober zog ein bulgarischer Königssohn in Uestüb ein.

Während so die Heere der Verbündeten schon tief im Innern der serbischen Monarchie standen, bereitete sich an der rumänisch-österreichischen Grenze gegenüber dem Efernen Tor die letzte Phase zur Herbeiführung des ersten großen Erfolges auf diesem Kriegsschauplatz vor. Dort erzwangen Truppen der Verbündeten den Uebergang gegenüber der noch vom Feinde besetzten Donauufer und führten den mit Minen und Ketten verlegten Donauweg. Am 30. Oktober fuhr das erste Munitionsschiff nach Kom, der Weg zum Reiche des Halbmonds war erzwungen. Drei verbündete Mächte reichten sich auf serbischem Boden die Hand.

(B. L. V.)

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 9. November. (B. L. V.) Heeresbericht vom 7. November. Unsere Truppen, welche die geschlagene serbische Armee zu verfolgen fortfahren, sind am 7. November auf ihrer ganzen Front bis an die Morava gelangt und bereiten sich vor, auf ihr linkes Ufer überzugehen. Besetzt wurden die Städte Alessinac, Blafotince, Jitowac und in Mazedonien die Stadt Tetowo. Auf den anderen Fronten keine Aenderung. — Unsere Truppen wurden in Nisch von der Bevölkerung mit Blumen, Freudenrufen, Hurra und „Willkommen Befreier!“ empfangen. Die Stadt war von den abziehenden serbischen Soldaten geplündert worden. Als Kriegsbeute wurden in Nisch und Umgebung bis jetzt gezählt: 42 Festungsgeschütze, Tausende von Gewehren und Riflen mit Munition, 700 Eisenbahnwaggon, die Wehrzahl beladen mit Lebensmitteln, viele Automobile, viel Sanitätsmaterial u. a., 12 Desinfektionsmaschinen, 500 Wasserpumpen, 500 neue Fahnen, Hunderttausende von Soldatenwäschestücken und Uniformen. Es sind noch viele Pulverdepots in der Stadt und Umgebung. Weiter liegen die Serben bei ihrem Rückzuge noch zahlreiche Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre zurück, die noch nicht gezählt sind. Bis jetzt wurden bei Nisch 5000 Gefangene gezählt.

Vom U-Bootkrieg.

London, 8. November. (B. L. V.) Die Admiralität mitteilt, ist am 8. November der bewaffnete Versorgungsdampfer „Daca“ von zwei feindlichen Unterseebooten im östlichen Mittelmeere angegriffen und versenkt worden. 34 Mann der Besatzung werden vermisst.

Grimsby, 8. November. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das britische Fischereifahrzeug „King William“ ist versenkt worden. Sieben Mann der Besatzung sind gerettet, der Kapitän und ein Matrose werden vermisst.

London, 8. November. (B. L. V.) Loyds meldet, der Dampfer „Boolwich“ aus London ist versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.

Antidynastische Bewegung in Griechenland.

Lyon, 8. November. (B. L. V.) Die „Republican“ aus Salonki meldet, ist durch die letzten Ereignisse in Griechenland eine antidynastische Bewegung wachgerufen worden, welche an die Bewegung vom Jahre 1907 erinnert. Die Agitationsherde befinden sich in Areta (der Heimat Venizelos), Korfu und Athlone. In Kandia sagt man offen, der König müsse abdanken und in die Verbannung gehen, da er der nationalen Politik Venizelos abhold sei. In Korfu zerstörte die Menge einen Teil des Achilleions. Sie beendete die Zerstörung nicht, dank dem Eingreifen einiger Notabeln, welchen es gelang, die Gemüter zu beruhigen. In Larissa und Korinth fanden öffentliche Versammlungen statt, in denen Tagesordnungen angenommen wurden, worin die Absetzung des Herrscherhauses und die Einführung eines wirklich nationalen Regimes gefordert wird.

Balkandebatte im englischen Oberhaus.

Oberhaus. (B. Z. B.) Im Laufe der Debatte über die Zensur und die Kriegspolitik im allgemeinen verteidigte Lord Curzon das Auftreten der Behörden gegenüber der Zeitung „Globe“, die in einem kritischen Augenblicke, obwohl sie gewarnt war, fortwährend unrichtige Berichte über die Lage veröffentlichte. Curzon spendete Gresham'sches Lob. Gresham habe eine sehr schwierige, mühsame Aufgabe durchzuführen. Er müsse ein Gespann von vier Pferden, die früher nie zusammen gegangen waren, einen Weg voll Fallgruben und scharfen Ecken entlang führen. Das erfordere ungewöhnliche Geschicklichkeit. Nach fünfzehn Monaten hätten zwei Könige am Balkan die Erwartungen der Engländer enttäuscht und wären ihren Versprechungen untreu geworden. Es gebe Menschen, die jetzt den früheren Abgott verleumdeten. Die Angriffe seien ungerecht und schädeten der Sache der Verbündeten. Lord Lansdowne erklärte, wenn Großbritannien früher im Herbst, als die Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien sehr gespannt waren, Truppen nach Serbien geschickt hätte, wäre der Zustand, den alle zu vermeiden suchten, beschleunigt worden. Die Ausdehnung des ersten Kontingents habe keine Verzögerung erfahren, keine Minute sei verloren worden, um weitere bereit zu stellen.

Eine englische Flotte im Skagerrak.

Frederikshavn, 9. November. (B. Z. B.) Der Postdampfer „Stagen“ lief gestern in Frederikshavn von Christianland mit zweifelhafter Verpätung ein. Das Schiff mußte zwischen Hirtshals und der nordwestlichen Küste stillliegen, während ein englisches Geschwader von fünf Schlagskreuzern und fünf Torpedojägern verschiedene mit Holz beladene Schiffe anhielt, die jedoch sämtlich die Erlaubnis zur Weiterfahrt erhielten.

Zum Fall Cavell.

Berlin, 9. November. (B. Z. B.) Der von der englischen Regierung über den Fall Cavell veröffentlichte Schriftwechsel enthält bekanntlich unzutreffende Angaben über angebliche Zusicherungen, die der amerikanischen Gesandtschaft in Brüssel im Laufe des Verfahrens seitens der deutschen Behörden in Belgien gegeben, später jedoch nicht gehalten worden sein sollten. Die den Tatsachen widersprechende Darstellung war auf die inkorrekte Berichterstattung des als Justiziar bei der amerikanischen Gesandtschaft in Brüssel angestellten belgischen Staatsangehörigen de Leval zurückzuführen. Die kaiserliche Regierung hat daher Veranlassung genommen, durch ihren Vorkämpfer in Washington die amerikanische Regierung darauf aufmerksam machen zu lassen, daß die bezüglichen in der englischen Veröffentlichung enthaltenen Angaben mit dem wahren Sachverhalt in Widerspruch stehen, und sie hat wegen der inkorrekten Berichterstattung des Herrn de Leval Vorstellungen erhoben. Gleichzeitig hat auch der amerikanische Gesandte in Brüssel Whitlock von sich aus die amerikanische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse aufgeklärt. — Herr Whitlock hat nunmehr im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten der zuständigen Behörde in Brüssel mitgeteilt, daß das Washingtoner Kabinett von der Angelegenheit Cavell keine Kenntnis gehabt habe, daß vielmehr die Schriftstücke ohne vorherige Verständigung des Staatsdepartements durch das auswärtige Amt in London veröffentlicht worden seien. Gleichzeitig hat die amerikanische Regierung den Justiziar de Leval seiner Stellung enthoben.

Die französische Zensur.

Gustave Hervé schreibt in der „Guerre Sociale“ vom 30. 10.: Sobald das neue Ministerium die Entscheidung über die Balkanangelegenheit getroffen hat, muß es sich mit der Zensur beschäftigen. Das Beste wäre es, wenn eine militärische Pressestelle eingerichtet würde, die nur dafür zu sorgen hat, daß kein Wort über die Operationen und Truppenbewegungen verlautet.

Wir bringen nicht etwa wegen der persönlichen Unannehmlichkeiten hierauf, denn diese sind doch in der Zeit der allgemeinen Opfer gleichgültig. . . .

Noch mehr Unheil stiftet aber die Zensur dadurch, daß sie uns jedesmal inebelt, wenn wir auf die täglichen Mißbräuche und Irrtümer in der Armee hinweisen. Solche sind schließlich menschlich, zum Skandal werden sie erst, wenn ihre Besprechung verboten wird.

Wenn irgendwo an der Front Eingezogene von 30—35 Jahren, die im bürgerlichen Leben Leiter von größeren Unternehmungen sind, wozu ebensoviele Geist gehört, als zur Führung einer Kompagnie oder eines Bataillons, wie in die Kaserne gesteckt Strafen empfangen behandelt werden, wenn sie z. B. im Quartier, statt sich zu waschen und zu entlaufen, stundenlang Ehrenbezeugungen machen müssen, dann verlangen wir das Recht, auf diesen verbrecherischen Mißbrauch hinzuweisen. Wenn ein Regiment von der eigenen Artillerie angegriffen wird, wenn es gegen ungerüstete Drahtverbände vorgedrungen wird, wenn ihm der schon sichere Sieg entglitt, weil ihm keine Verstärkungen geschickt wurden, dann beanspruchen wir das Recht, den Finger auf die Wunde zu legen. Wie soll Joffre auch sonst davon erlassen? Oder glaubt man, daß diejenigen, die die Fehler begingen, sie in ihren Bericht aufnehmen?

Demoralisation im Volk und Indisziplin im Heere würden auch nicht durch diese Hinweise entstehen. Sie werden vielmehr hervorgerufen durch die Millionen von Ortschaften von der Front, durch die Erzählungen Verwundeter und Verurteilter, nach denen solche Mißbräuche seit Anfang des Krieges fortgesetzt vorkommen und von niemand gebessert werden. Und ganz schlimm würde das erst werden, wenn unsere Poilus (Soldaten) merken, daß auch die Presse unterwürdig schweigt.

Bei jedem meiner Zusammenkünfte mit der Zensur hat mir der Minister gesagt: „Warum schreien Sie immer auch gleich alles von den Dächern? Warum kommen Sie nicht zu mir?“ „Entschuldigen Sie“, habe ich geantwortet, „ich habe noch immer gesehen, daß die Minister besser und schneller hören, wenn man sie öffentlich fragt, als wenn dies im stillen Kämmerlein geschieht. Deshalb haben ja gerade unsere Väter in ihrer Weisheit die Freiheit der Presse eingeführt. Außerdem haben die Opfer der Mißbräuche von dem geheimen Widerspruch nichts, da sie nichts davon merken, der öffentliche aber läßt sie Geduld und Hoffnung fassen.“

Ministerwechsel in Rußland.

Petersburg, 9. November. (B. Z. B.) Kriwoi ist auf seinen Wunsch aus Gesundheitsrücksichten von dem Posten des Dirigenten der Hauptverwaltung für Landwirtschaft entlassen worden. Der Kaiser hat an ihn ein Handschreiben gerichtet und ihm den St. Alexander-Newski-Orden verliehen. — Ein kaiserlicher Erlass ordnet die Umwandlung der Hauptverwaltung für Landwirtschaft wegen der Ausdehnung ihrer Geschäfte in ein Landwirtschaftsministerium an.

Das ist zurzeit die einzige amtliche Bestätigung des in der vorigen Woche mitgeteilten Ministerwechsels in Rußland. Der veränderte Ministerrat des Reiches hat sich

nicht befüßt. Es liegen vielmehr Nachrichten vor, daß er nach wie vor sein Amt ausübt. Ueber die Ernennung des Ministers des Inneren Chwoftow zum Ministerpräsidenten ist zurzeit nichts Bestimmtes bekannt. Bloß der bisherige Landwirtschaftsminister Kriwoi hat demissioniert. Die Erörterungen jedoch, die in der Presse gerade an seine Verabschiedung geknüpft wurden, waren zum größten Teil übertrieben. Kriwoi war keineswegs eine Säule des Liberalismus, wie er in einem Teil der Presse dargestellt wurde. Er betrieb schlecht und recht die „Agrarreform“, die Stolypin unter dem Diktat des Vereinigten russischen Adels nach der Niederwerfung der Revolution begonnen hatte. In dieser Beziehung mag er wohl seine Lächerlichkeit erwiesen haben; daß aber je in wirklich fortschrittlichen Kreisen Rußlands an seinen Namen Reformhoffnungen geknüpft wurden, muß bestritten werden.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage Rußlands.

Die Kammer des Ministerrats publizierte am 28. 10. eine statistische Uebersicht über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Rußlands, der die „Birshewija Wjedomosti“ vom 31. 10. folgende Zahlen entnahmen:

1. Staatseinnahmen:
In der Zeit vom 1./14. 1. bis 1./14. 8. 15 betragen die ordentlichen Einnahmen 1522½ Millionen Rubel gegen 2004½ Millionen im Vorjahr, wies also einen Rückgang von rund 482 Millionen auf. Der Ausfall entfällt fast vollständig auf das abgegangene Branntweinmonopol, das im laufenden Jahr nur etwa 17½ Millionen gegenüber 477 Millionen im Vorjahr erbracht hat. Gestiegen gegen das Vorjahr sind hauptsächlich die direkten Steuern (um 16½ Millionen) und vor allem die Kriegsteuer auf Eisenbahnfahrkarten und -warentransporte, die über 119 Millionen gegen nur 17½ Millionen im Vorjahr brachte. Die indirekten Steuern sind um über 102½ Millionen gestiegen, die Zölle haben nur 114 Millionen gegen 225½ Millionen im Vorjahr erbracht. Die Steuer auf Getränke ist um 19½ Millionen gestiegen, dagegen die Zucksteuer um 16½ Millionen, die Tabaksteuer um 8½ Millionen und die Streichholzsteuer um 3 Millionen Rubel gestiegen.

2. Sparkassen.
In den ersten neun Monaten des Berichtsjahres sind die Sparkasseneinlagen um 416½ Millionen gestiegen, während der Zuwachs im ganzen Jahre 1914 nur 95,3 Millionen und im Jahre 1913 sogar nur 38,8 Millionen betrug. Am 1./14. 9. d. J. betrug die Gesamtsumme der Sparkasseneinlagen 2251,2 Millionen Rubel.

3. Außenhandel.
Die Ausfuhr über die europäischen Grenzen und nach Finnland betrug in den ersten acht Monaten d. J. 150,7 Millionen Rubel, die Einfuhr 209,7 Millionen. Ueber die asiatische Grenze betrug die Ausfuhr 45 Millionen, die Einfuhr 227½ Millionen. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Ausfuhr über die europäische Grenze um beinahe 654 Millionen oder 81,3 Proz. gestiegen, die Einfuhr um 514,2 Millionen oder 63,2 Proz. Ueber die asiatische Grenze fiel die Ausfuhr um 14,8 Millionen oder 24,7 Proz., während die Einfuhr um 104,2 Millionen oder 84½ Proz. stieg.

In dieser Zeit überstieg die Einfuhr die Ausfuhr an der europäischen Grenze um 149 Millionen gegen nur 9½ Millionen im Vorjahr, an der asiatischen Grenze um 182½ Millionen gegen 69½ im Vorjahre.

Politische Uebersicht.

Landwirt, wehre dich!

Der Kampf gegen die Lebensmittelsteuerung beginnt eine Reaktion auszulösen. Bereits im Oktober hatte Julius Wachem die Ansicht geäußert, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung es viel zu sehr veräußert habe, „sich ihrer Haut wirksam zu wehren“. Und in der letzten Nummer des „Tag“ erhebt das Herrenhausmitglied Graf Kosspoth den Ruf: „Landwirt, Landwirt, wehre dich!“

Graf Kosspoth ist der Meinung, daß nicht die Konsumenten am schwersten unter der wirtschaftlichen Not der Zeit zu leiden haben, sondern die Landwirte! Im Jahre 1914 zwar, dem ersten Kriegsjahre, sei es den Landwirten nicht schlecht ergangen:

„Ich gestehe zu, daß das erste Kriegsjahr für die landwirtschaftliche Bevölkerung ein recht gewinnbringendes gewesen, aber die Gewinne waren nicht erworben durch Preistreibererei, sondern sie wurden von der Regierung „aufgegrungen“.

Eine solche Chance mitzunehmen, wird niemand dem Landwirt verdenken können.“

Nun aber, im Kriegsjahr 1915, habe sich das Blatt gewendet: „Der Mann in der Stadt, der mit glänzenden Stiefeln abends zu dem etwas knappen und teuren Bier oder in das Kino oder sonst ein Theater geht, hat keine Ahnung, wie es um den Mann oder richtiger um das Weib auf dem Lande, denn der Mann steht ja größtenteils im Felde, bestellt ist. Mit schmutzigen Schuhen buddelt sie die Kartoffeln aus dem nassen Boden, der einzigen Hoffnung in diesem schweren Jahr. In dem größten Teil meiner Heimatprovinz Schlesien wenigstens ist eine Körnermehrente, wie seit Jahrzehnten nicht mehr gewesen. Das Getreide liefert nicht viel über die Ausfaat. Dies Jahr gibt es nicht für 25 Zentner Kartoffeln zwei Hundertmarktscheine, knapp etwas über 50 M. gibt der Händler. Und das Tier, das die Kartoffel höher bewerten würde, bei einem Preis von weit über 100 M. pro Zentner Lebendgewicht, fehlt; die „Bartholomäusnacht der Porzellaner“ hat es weggerafft.“

Und da klagen die Städter über Preiswucherer! Die bittere Not ist es, die die Preise emporschnellen läßt.

Fleisch und Butter werden namentlich erzeugt durch Futter! Mastvieh kann man nicht aufstellen, denn das Kraftfutter fehlt, und mancher Landwirt ist froh, wenn er sein Vieh ohne Hunger durch den Winter bringt. Kein Mastvieh, keine Schweine! Ist es da ein Wunder, daß Fleisch, Fett und Speck so hohe Preise haben!

Die Schilderungen des Herrenhauslers sind grau in grau gemalt, soweit er die Lage der Landwirtschaft schildert; sie stimmen übrigens ganz und gar nicht selbst mit der Darstellung überein, die von berufeneren landwirtschaftlichen Sachverständigen gegeben worden sind. Dagegen steht der Herr Graf alles rosa an, wenn er von dem „Mann aus der Stadt“ und den „glänzenden Stiefeln“ spricht, der sein Tagewerk „im Kino oder sonst einem Theater“ beschließt.

Jedenfalls aber verdient die Mahnung, die Graf Kosspoth an die Landwirte richtet, erst recht von der Arbeiterschaft beherzigt zu werden!

Die Kriegsziele des Zentrums.

Wie wir kürzlich gemeldet hatten, war vom Reichsausschuß der Zentrumsparteien ein Beschluß über die Kriegsziele gefaßt worden, der im wesentlichen eine „erhöhte Sicherheit gegen die militärischen und wirtschaftlichen Vernichtungspläne der Feinde“, einen „verstärkten Schutz unseres Landes im Osten und Westen“ und eine erhöhte Sicherung der mit Deutschland verbündeten Staaten forderte. Dieser Beschluß, der durch ein Reichsausschußmitglied dem Reichsausschuß überreicht worden war, war von diesem

Bureau auch verbreitet worden, mit Ausnahme eines Satzes. Als die „Köln. Volksztg.“ den Beschluß in dieser gefälschten Fassung wiedergab, erhielt sie, wie das Blatt selbst sagt, „ziemlich erregte Anfragen von Mitgliedern des Reichsausschusses“, weshalb es „dem nicht den ganzen Wortlaut“ veröffentlichte, „sondern einen wesentlichen Satz wegließ“.

Die „Köln. Volksztg.“ entgegnete, daß sie dafür in keiner Weise verantwortlich sei, da sie die Wolffsche Redart unverändert wiedergegeben habe.

Jetzt erklärt nun die „Germania“:
„Der Beschluß des Reichsausschusses der deutschen Zentrumsparteien über Friedensziele wird vielfach in der vom Wolffschen Bureau verbreiteten Fassung als mit der ursprünglichen Resolution nicht übereinstimmend aufgefaßt; es wird gesagt, ein wesentlicher Satz sei weggelassen worden. Demgegenüber wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß allerdings eine Änderung des Wortlautes wegen Beanstandung durch die Zensur habe vorgenommen werden müssen; diese Änderung berührt jedoch nicht den Sinn, sondern nur den Wortlaut des Beschlusses.“

Da wir das Original des Beschlusses nicht kennen, vermögen wir nicht zu beurteilen, wer in der Beurteilung des nicht wiedergegebenen Satzes recht hat, die Reichsausschußmitglieder, die sich bei der Redaktion des kölnischen Zentrumsblattes beschwerten, oder die „Germania“.

Beschlüsse der nationalliberalen Reichstagsfraktion.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat am 6. und 7. November in Eisenach getagt und folgende Entschlüsse gefaßt:

Die nationalliberale Fraktion des Deutschen Reichstages erblickt in der Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung die wichtigste derzeitige innerpolitische Aufgabe. Sie verkennt nicht, daß durch die in allerletzter Zeit getroffenen Maßnahmen ein wirksamer Anfang zur Beseitigung der schwereren Notstände in der Lebensmittelversorgung gemacht wurde, erwartet jedoch den unverzüglichen Ausbau dieser Bestimmungen, namentlich in der Richtung, daß die durch die Zeitverhältnisse gebotene Sparsamkeit mit Lebensmitteln von allen Kreisen beobachtet werde. Zu diesem Zweck hält sie die Einführung von Preisfesseln und eine auf derselben Grundlage beruhende Verteilung von Fett und Butter in größeren Städten für unbedingt erforderlich. Die Fraktion erkennt im weiteren Inhalt der Resolution an, daß die Regierung bis zu einer vollständigen Regelung der Lebensmittelfrage manche Widerstände überwinden mußte, verlangt dann aber, daß für die Landwirtschaft schleunigst Futtermittel zu ertäglichen Preisen sichergestellt und in ihrem Interesse sowie der Industrie und des Gewerbes planmäßige Verurteilungen von Mannschaften in die Wege geleitet werden. Endlich hält die Fraktion die sofortige Einbringung der Vorlage einer Kriegsgewinnsteuer mit gestaffelten Steuerföhen, namentlich für den reinen Spekulationsgewinn, für dringend geboten.

Auf der Eisenacher Tagung wurde weiter die Frage des Belagerungszustandes und der Zensur sowie die gegenwärtige politische Lage besprochen.

Die Presse als Waffe.

In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt Graf Reventlow unter dem Titel „Eine unterschätzte Waffe“ über die Aufgaben, die seiner Meinung nach die Presse zu erfüllen hat: „Die schon neulich, möchten wir die Mahnung zu nationaler Disziplin auf diesem Gebiete wiederholen. Eine solche erschiene um so selbstverständlicher als, wie wir alle wissen, weder eine Not irgendwelcher Art in Deutschland besteht, noch „an die Türen klopf“. Ebenjogut wissen wir alle, daß eine Kriegsmittelindustrie, welche die physische und sittliche Kraft zum Krieg führen, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, auch nur im mindesten lähme, nicht besteht. Aus Vergnügen am Kriege kämpft heute niemand, aber wir möchten glauben, daß jeder Deutsche von der Selbstverständlichkeit der Wahrheit durchdrungen sei, daß das Schwert nicht in die Scheide gesteckt werden darf, ehe nicht die Erfolge errungen sind, welche dem deutschen Volke gestatten, nicht nur nach Osten, sondern auch nach Westen jene Sicherheiten zu schaffen, welche der kaiserliche Erlass vom 1. August als selbstverständliche Notwendigkeit ansah. Sicherheiten in diesem Sinne aber können lediglich durch die eigene Kraft errungen werden und durch die tatsächlichen Erfolge, welche die eigene Kraft vor sich gebracht hat. Faule Kompromisse und wertloses Vertragspapier können keine Sicherheiten schaffen. Darüber, so möchten wir annehmen, ist die weitüberwiegende Menge des deutschen Volkes vollkommen klar. Sie will auch nicht nur „durchhalten“. Dieses unglückliche Wort hat zu vielen Mißverständnissen über die deutsche Stimmung im Auslande Anlaß gegeben, denn man legt in das „Durchhalten“ den Sinn des rein positiven Ausdauern hinein, wie wenn es sich darum handelte, geduldi, geduldi und entsagend ein Unwetter über sich ergehen zu lassen. Wir haben diese Auffassung bereits vor Jahr und Tag geäußert und betonten sie heute um so stärker: das deutsche Volk will nicht nur durchhalten, sondern es will vorwärts im Sinne des lateinischen Spruches: „Du weiche nicht den Gefahren, sondern gehe um so kühner gegen sie an.“ . . .

In den Mitteln der Kriegführung gehört auch, daß der Geist, der Wille zum Sieg, vor allem auch der Wille zu vollständiger Ausnutzung des Sieges öffentlich und dauernd zum Ausdruck gebracht werde. Geschlecht das nicht, so entsteht ein Schaden, zum mindesten die Gefahr eines Schadens. Im Daseinskriege ist es Pflicht, auch diese Waffe zu verwenden, wie es die Pflicht ist, alle verfügbaren Waffen und Kriegsmittel unter höchster dauernder Kraftanspannung zu verwenden.“

Ein Lehrer als Spion erschossen.

Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, wurde in Mülhausen im Elsaß der frühere Lehrer Julius Adam am 3. November erschossen. Der Oberbefehlshaber aus dem Armeehauptquartier gibt bekannt, daß Adam durch das Gericht der Etappenkommandantur zum Tode verurteilt wurde, weil er als bezahlter Spion Frankreich Dienste geleistet.

Letzte Nachrichten.

Zum U-Bootkrieg.

London, 9. November. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der britische Dampfer „Duro“, sowie der japanische Dampfer „Yokuni-Maru“ (6100 Tonnen) sind vermisst, ihre Besatzungen gerettet worden. Ein weiterer britischer Dampfer soll ebenfalls vermisst und seine Besatzung gerettet worden sein.

Ein Zeppelin in Sofia gelandet.

Sofia, 8. November. (B. Z. B.) Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur. Ein Zeppelinluftschiff, das mit dem Herzog von Medlenburg in Tmeswar aufgestiegen war, ist in Sofia gelandet. Der König wohnte mit seinem Gefolge der Landung auf dem Flugplatz bei. Das Erscheinen des Zeppelinluftschiffes, das über der Stadt Schleifen beschrieb, rief großes Aufsehen hervor.

Gewerkschaftliches.

Berufsberatung der Kriegsbeschädigten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission veranstaltete am Montag eine Konferenz der Berufsberater. An derselben nahmen außer den Vertretern der freien Gewerkschaften auch die Vertreter aller derjenigen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen teil, die während des Krieges in allen gemeinsamen Angelegenheiten mit der Gewerkschaftskommission zusammengehen.

Der Referent Eugen Brückner empfahl der Versammlung in wohlüberdachten Ausführungen die folgende Entschließung zur Annahme:

Die am 8. November 1915 versammelten Berufsberater aus der Gruppe der Arbeitnehmer erklären:

1. Bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten in passende Arbeitsstellen kommen ausschließlich in Groß-Berlin heimatsberechtigter resp. zuständige Kriegsverletzte in Betracht.

2. Berufsberatung jedoch soll allen Kriegsverletzten zuteil werden.

3. Notwendig ist zu diesem Zweck die Eröffnung der Lagersäle. Falls dieses nicht angängig, ist den Kriegsverletzten Zeit zu geben, sich mit dem zuständigen Berufsberater in Verbindung zu setzen oder aber es sind in den Lagersälen Sprechstunden einzurichten, in denen die Berufsberater mit den Kriegsverletzten direkt in Verbindung treten können.

4. Versucht muß werden, die Kriegsverletzten ihrem alten Beruf wieder zuzuführen. Dazu dienen in erster Linie die in den einzelnen Industrien getroffenen Vereinbarungen (Kriegs-Arbeitsgemeinschaften). Kann ein Kriegsverletzter seinem bisherigen Beruf nicht zugeführt werden, so ist demselben Gelegenheit zur Erlernung eines anderen Handwerks oder Berufes zu geben.

5. Um diese Umlernung vornehmen zu können, ist notwendig die Unterstützung der Familie des Kriegsverletzten während der Zeit des Umlernens, um wirtschaftliche Sorgen fernhalten zu können.

Diese Unterstützung soll und muß Aufgabe des Reiches sein, solange jedoch das Reich Vorsofuge hierfür nicht getroffen, hat die Gemeinde die Kosten zu übernehmen.

6. In den Hauptausführenden der Stadt Berlin und der Vororte sind Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen hinzuzuziehen.

7. Die Berufsberater erklären es für durchaus notwendig, daß seitens des Hauptausführenden Fühlung mit den Staats- und Reichsbehörden genommen wird, um in den Staats- und Reichsbetrieben Kriegsverletzte, die sonst nicht unterzubringen sind, unterzubringen zu können.

Dem Referat folgte eine längere Aussprache. Mancherlei praktische Erfahrungen, die in der Berufsberatung schon gemacht worden sind, wurden von den Rednern ausgetauscht. Aus den Darlegungen aller Redner klang der ernste Wille heraus, den Kriegsverletzten nach besten Kräften beim Aufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz ratend und helfend zur Seite zu stehen und diesen neuen Zweig der gewerkschaftlichen Arbeit mit demselben Ernst und dem gleichen Eifer zu pflegen, mit dem sie sich der sonstigen Organisationsarbeit gewidmet haben.

Die vom Referenten vorgelegte Entschließung wurde von den Vertretern der Organisationen aller Richtungen einstimmig angenommen.

Deutsches Reich.

Gemeinsame Lohnangaben der Bergarbeiter.

Die vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen haben sich am vergangenen Sonnabend dahin geeinigt, in Anbetracht der argen Teuerungsvhältnisse und mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Betriebsgewinne eine allgemeine Lohnhöhung von zehn bis zwanzig Prozent zu fordern. In besonderen Eingaben an die Organisation der Werkbesitzer in Rheinland-Westfalen, Ruhrgebiet bei Aachen und an die oberste preussisch-fiskalische Bergwerksverwaltung für das Saargebiet und die westfälischen Staatsgruben ist die geplante Lohnhöhung beantragt und begründet worden.

Auch die im oberschlesischen Steinkohlenrevier vertretenen Bergarbeiterverbände aller Richtungen sind mit einer schriftlichen Lohnangebots bei den Betriebsverwaltungen vorstellig geworden. Unter Hinweis auf den guten Geschäftsgang der Kohlenindustrie und auf die Teuerung ersuchen sie um eine Erhöhung des Lohnes für alle auf den Bergwerken beschäftigten Arbeiter ohne Unterschied der Berufsgruppen. Öffentlich zeigen sich die maß-

gebenden Kreise entgegenkommend, so daß künftige Konflikte zwischen Arbeiter und Unternehmer, wie sie in letzter Zeit in diesem Revier wiederholt vorgekommen sind, vermieden werden.

Was ist aus der Luft gegriffen?

Mitte Oktober ging durch die Arbeiterpresse eine Notiz, nach der in einem Dresdener Betriebe einem Kriegsbeschädigten die Militärrente auf den Lohn angerechnet worden war. Der Direktor des Betriebes hätte sich dabei auf den Industrieschutzverband bezogen, der es nicht zulasse, daß zu der Rente auch noch der volle Lohn gezahlt werde. Der Deutsche Industrieschutzverband verbandte nun an die Presse — nicht an uns — eine Zuschrift, in der es heißt:

„Selbstverständlich sind diese Mitteilungen alle aus der Luft gegriffen. Der Deutsche Industrieschutzverband hat sich im Gegenteil vergewissert, daß auch bei voller Lohnzahlung den Kriegsinvaliden nicht etwa die Kriegsinvalidenrente kürzt oder abgezogen werde, und hat die ihm vom Kriegsministerium gegebene Auskunft seinen Mitgliedern durch Zirkular im März dieses Jahres mitgeteilt.“

Zwei Rundschreiben, die der Industrieschutzverband in der Angelegenheit versandte, legte er seiner Zuschrift bei. In diesen Rundschreiben werden die Mitglieder des Verbandes ersucht, in ihren Betrieben an geeigneten Stellen Kriegsinvaliden zu beschäftigen, für welche der Verband einen Beschäftigungsnachweis eingereicht habe. Hinsichtlich der Entlohnung heißt es in beiden Rundschreiben gleichlautend:

„Von der Heeresverwaltung ist die Zusicherung gegeben worden, daß eine Kürzung der staatlichen Fürsorge nicht erfolgen soll, wenn den Invaliden die Möglichkeit eines Erwerbes geboten werde.“

Diese höchst überflüssigen Auslassungen über Dinge, die gar nicht zur Diskussion standen, sind recht merkwürdig. Sie verhehlen die Erörterung auf ein anderes Gebiet. Niemand hat behauptet, daß die Heeresverwaltung die Militärrente kürzen werde, wenn den Kriegsinvaliden ausreichender Verdienst geboten werde. Gegen solchen Verdacht braucht der Industrieschutzverband die Heeresverwaltung also nicht zu verwahren. Der Schutzverband wird aber deutlicher darüber werden müssen, was denn nun eigentlich aus der Luft gegriffen sei. Ist es die Behauptung, einem Kriegsinvaliden wäre der Lohn um seine Rente gekürzt worden oder ist es der Hinweis des Direktors auf eine Anweisung des Industrieschutzverbandes? Im letzteren Falle handelte es sich um einen häßlichen Streit, um dessen willen man aber nicht die böse Presse — wenn auch in deutungsunfähigen Wendungen — beschuldigen sollte. Der in Frage kommende Fabrikdirektor ist ein sonst sozial gesinnter Unternehmer, der einzelne Arbeiter aus sich heraus nie kleinlich behandelt hat. Es lag kein Anlaß vor, seine Äußerungen mißtrauisch zu behandeln.

Ausland.

Tarifvertragskämpfe im schweizerischen Buchbinder-gewerbe.

Der Schweizerische Buchbindermeisterverband will an Stelle der bestehenden Ortsarbeitsverträge einen einheitlichen Landes-tarifvertrag einführen, damit aber neben einigen kleineren Verbesserungen gleichzeitig auch Verschlechterungen der bestehenden Arbeits- und Lohnbedingungen durchsetzen. So sollen kleinere Sektionen die 9½stündige tägliche Arbeitszeit statt der gegenwärtigen 9stündigen einführen können. Für Nacht- und Sonntagsarbeit wurde bisher ein Lohnzuschlag von 100 Proz. bezahlt, er soll nun aber auf 50 Proz. herabgesetzt werden. Der Minimallohn von 26 Frank per Woche für ausgebildete Buchbinder im ersten Gehilfenjahr wird als ungenügend erklärt, um so mehr, als er zum Höchstlohn werden dürfte. Im zweiten Gehilfenjahr soll der minimale Wochenlohn 30 Frank betragen; für Dreh- und Handvergoldner 33 Frank, für Spezialarbeiter 34 Frank. Im Jahre 1914 hatten 15 von 27 Gehilfen bis zum Alter von 19 Jahren einen Wochenlohn von unter 30 Frank, 12 von 30 bis 39 Frank, 34 im Alter von 20 und 21 Jahren Wochenlöhne von unter 30 bis 39 Frank und 455 im Alter von 22 bis 45 Jahren und darüber Wochenlöhne von 30 bis 42 Frank; 63 Spezialarbeiter erzielten Wochenlöhne von unter 40 bis über 50 Frank, 85 blieben dagegen unter 40 Frank. Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Löhne bereits die Anlässe im Meisterentwurf erreichten, sollen eine Lohn-erhöhung von 2 Proz. erhalten, falls sie nicht etwa seit 3 Monaten schon eine solche erhalten haben. Die Aufbesserung der höheren Löhne bleibt der gegenseitigen Verständigung vorbehalten. Nach dem zweiten Vertragsjahr tritt abermals eine Lohnaufbesserung von 2 Proz. ein. Der 1. Mai wird je nach der Geschäftslage auf Verlangen der Arbeiter freigegeben, jedoch ohne Bezahlung. Dagegen werden die gesetzlichen Feiertage voll bezahlt. Der neue Vertrag soll drei Monate nach europäischem Friedensschluß in Kraft treten und vierjährige Geltungsdauer haben. Sechs Monate vorher kann er auf den 30. Juni gekündigt werden und er läuft ein Jahr weiter, wenn von keiner Seite die Kündigung erfolgt.

Dieser Vertrag ist für die Buchbindergehilfen unannehmbar und in Viel wird bereits gestreift.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten.

Es herrscht vielfach die Meinung, daß durch den europäischen Krieg die Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten günstig seien. Daß dem nicht so ist, geht schon aus den zahllosen heißen Kämpfen hervor, die zurzeit in der Union von den Arbeitern um die Erhöhung der Löhne und sonstige wirtschaftliche Verbesserungen geführt werden. Es handelt sich bei den Lohnkämpfen zumeist nicht um außerordentliche Lohnsteigerungen, sondern nur um solche, die durch die gewaltige Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse bedingt sind. Kämpfen z. B. die Eisenkonstruktoren um Erhöhung des Tagelohnes von 4 auf 4.50 Dollar, so ist weder die absolute Lohnhöhe noch die geforderte Erhöhung etwas Außer-gewöhnliches. Sie bewegen sich durchaus in den Schranken des Ge- legenen, daß der Lohn der Arbeiter sich an der äußersten Grenze zur Verrückung seiner Bedürfnisse hält.

Sehr bezeichnend aber für die Arbeitsverhältnisse in den Ver-einigten Staaten ist die ungewöhnliche Arbeitslosigkeit, die gegen-wärtig im Lande herrscht. Das New Yorker „Labor Bulletin“ stellt fest, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1915 die Arbeitslosigkeit der organisierten Lohnarbeiter größer war als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei war die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit aus-schließlich auf Arbeitsmangel zurückzuführen, nicht auf Lohnkämpfe und Arbeitsunfähigkeit. Unter den 13 wichtigsten Industrien des Landes zeigte sich die größte Arbeitslosigkeit in der Bau- und Ver-leidungsindustrie. In beiden Industrien war während der sechs Monate fast die Hälfte der Lohnarbeiter ohne Arbeit. Im Januar 1915 betrug die Arbeitslosigkeit in der Bekleidungsindustrie 64,4 Proz. Im Staats- und Stadtdienst dagegen war die Arbeitslosigkeit gleich Null.

In den letzten Monaten, also der Bauzeit, betrug die Arbeits-lostigkeit bei den organisierten Bauarbeitern 20 Proz. und es ist keine Aussicht auf eine Besserung vorhanden. Ein paar Bauten für Ru-nitionsfabriken sind für die Gesamtanlage im Baugewerbe gänzlich unwesentlich.

Aus Philadelphia wird berichtet, daß Ende August 79 000 Per-sonen arbeitslos waren. Die Zählung ergab, daß ein Fünftel der Arbeitslosen länger als 6 Monate, die Hälfte 3 Monate, die übrigen 2 Monate lang ohne Arbeit waren. Am schwersten war die Textil-industrie betroffen; zwei Drittel der Arbeitslosen gehörten der Manufaktur- und mechanischen Industrie an.

Aber nicht nur in den Industrien, die keine Kriegsmaterialien anfertigen, herrscht unter den dafür in Betracht kommenden Arbeitern Arbeitslosigkeit, auch unter den für die Kriegsmittelindustrie in Frage kommenden Arbeitern ist die Arbeitslosigkeit erschreckend. Das geht aus der Tatsache hervor, daß sich für 1000 geübte Ar-beiter 15 000 gemeldet haben. In dieser Industrie sind die Zu-kunftsansichten für die Arbeiter dazu noch die schlimmsten. Ist der Krieg zu Ende, dann ist es auch die Kriegsmittelindustrie in den Vereinigten Staaten. Tausende von Arbeitern werden dann brotlos werden und die Zahlen der Arbeitslosen vermehren. Zwar die Unternehmer suchen durch ihre Politikanten die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Vahn der militärischen Rüstungen zu treiben, damit sie ihre teureren neuen Maschinen möglichst lange aus-nützen können. Aber selbst, wenn das gelingen sollte, wird nicht die ganze Kriegsmittelindustrie für die amerikanische Regierung be-schäftigt werden können.

Die Arbeitsverhältnisse sind nach dem Gesagten in den Ver-einigten Staaten keineswegs günstig; der Krieg trifft auch dort das Proletariat schwer. Und selbst die einigen Arbeiter, die gegenwärtig in der Kriegsmittelindustrie Beschäftigung gefunden haben, sehen nach dem Kriege einer schweren Zukunft entgegen. Nur der Kapitalismus als Gesamtheit gewinnt durch den Krieg, wie überall so auch in den Vereinigten Staaten.

Zum Schluß noch eine Bemerkung, die nur in looserem Zu-sammenhang mit der behandelten Frage zu stehen scheint. In dem Vorstehenden ist die Arbeitslosigkeit in der Bekleidungsindustrie als die ungeheuerlichste bezeichnet worden. Die Arbeiter in der Bek-leidungsindustrie wiesen schon von jeher die höchsten Zahlen unter den Arbeitslosen auf. Es ist nun bemerkenswert, daß nach Unter-suchungen des Bundesgesundheitsamtes der Vereinigten Staaten nur 2 Prozent der in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter frei sind von körperlichen Mängeln und Krank-heiten. In New York wurden 3000 Arbeiter, davon 2000 männliche, untersucht. Bei diesen 3000 Arbeitern wurden 13 457 körperliche Mängel und Krankheiten gefunden, und zwar wiesen die 2000 männlichen Arbeiter 9451 und die 1000 weiblichen 3916 körperliche Mängel und Krankheiten auf. Voran in den Krank-heiten stand die Tuberkulose. Bei 60 Proz. wurden Augenleiden festgestellt und 26 Proz. litten an Hals- und Halskrankheiten. Sollte zwischen der unter den Kleiderarbeitern herrschenden, fast chronischen Arbeitslosigkeit und diesem ungeheuerlichen Prozentatz von körperlichen Mängeln und Krankheiten, von denen sie heim-gekehrt werden, nicht ein tieferer Zusammenhang bestehen? Die Antwort wird lauten müssen: Ja!

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: **Maria Stuart.**
Donnerstag: **Hamlet.**
Kammerspiele.
8 Uhr: **Der Weibsteufler.**
Donnerst.: **Wetterleuchten.**
Volkshöhle. Theater a. B. Slowp.
8 1/2 Uhr: **Faust.**
Donnerstag: **Faust.**

Dir. Melnhard-Bornauer.
Theater in der Königsplatzstraße
8 Uhr: **Der Vater.**
Komödienhaus.
8 Uhr: **Rausch.**
Berliner Theater.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Theater für Mittwoch, 10. November.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
7 Uhr: Erstauff: **Tannhäuser.**
(Wolfram; Kammers. Pläschke.)
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Der Troubadour.**
Gedr. **Herrnfeld. Theater**
8 Uhr: **Rosenblatt's Geheimtip**
Kleines Theater.
8 Uhr: **Ein kostbares Leben.**
Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein**
Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr: **Die selbige Exzellenz.**
Lessing-Theater.
8 Uhr: **Komödie der Worte**
Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).

URANIA Taubenthr.
48/49.
4 Uhr (Halbe Preise):
Von den Karpathen bis Brest-Litowsk.
8 Uhr
Die Dardanellen, Konstantinopel und der Bosphorus.
Hörnsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Tiere als Parasiten und Krankheits-erregter.

Rose-Theater.
8 Uhr: **Des Vaters Schuld.**
Sonnabend 4 Uhr: **Hänsel und Gretel.**
Walhalla-Theater.
4 Uhr: **Widenerbrädel.**
8 Uhr: **Der Hüthen besitzer.**
Donnerstag: **Wartpa.**

Lustspielhaus.
8 1/2 U.: **Herrschaftl. Diener gesucht**
Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: **Ein Tag im Paradies.**
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: **Die Prinzessin vom Nil.**
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Schirin und Gertraude.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Wilhelm Tell.**
8 Uhr: **Wallensteins Lager.**
Die Piccolomini.
Thalia-Theater.
8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: **Immer feste druff!**
Sonnst. 8 1/2 U.: Graf von Luxemburg.
Theater des Westens
8 Uhr: **Polenblut.**
Trianon-Theater.
8 1/2 U.: **Bodos Brautschau**

National-Theater.
Köpenicker Straße 67/68.
8 1/2 U.: **S. M. der Dollar.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 87. Tägl. 8 Uhr:
Untergrundbahn. Schönhauser Tor.
Trotz des großen Erfolges!
Nur noch kurze Zeit!
Familie Schnaje.
Selt August auf dem Spielplan.
Sonnst. 4 Uhr: **Der liebe Frißolin.**

Possen-Theater
8 1/2 (Folies Caprice) 8 1/2
freund Loewe
Seine Tante
mit Haskel und Berisch.

Volgt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Mittwoch, den 10. November:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Akten
von Friedrich v. Schiller.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Apollo THEATER
Direktion Adolf Vogt
Telef.: Lütrow 7341

Großer Erfolg!
UESSEMS
Klara Berat
Barra-Truppe

Jülich
mit seinen Rokruten!
Gussy Holl

Schneider-Duncker
Cläre Waldoff
und weitere sechs Schlager!
Kleine Preise! An 5 Uhr
Billettsk. 11-1 u. Invalidendank

WINTER GARTEN
November-Spielplan.
Ernst Perzina, Dressurakt:
Kanarienvogel, Sittiche,
Zwergpapageien.
Juliska Nemeth, Ungar. Sängerin
u. Tänzerin
Jan Paul Komiker
Parasol-Quartett
Der kleine Pich

7 Antonets, akrobatischer Akt
Solbrige humorist. Pantomime
Ernst Thorn, Zauberkünstler
Gebrüder Wolf, Humoristen
„Venus im Grünen“
Operette in 1 Akt v. O. Strauß.
Mitwirk.: Else Berna, Ida Russka,
Gustav Matzner, Julius Spielmann.
Kinematograph.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng. Zum Schluß:
Die von der Emden
Ein Vatrofen-
bild von Regler.
Für Militärper-
sonen vollkomm-
ener Zutritt zu
d. Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist
Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen
Nachmittags-Konzert bei vollem Orchester und freiem Eintritt.

Circus Busch
Täglich 8. Sonn. 3 1/2, u. 8 Uhr:
Der
? Vulkanmensch ?
und die übrigen Schlager
des reichhalt. Programms.
10 Uhr: **Michel**
von Paula Busch. U. a.:
„Germania Sieg“.
Gegründet 1864.

Pelz-
waren in gros
Einzelverkauf
wie alljährlich
zu billigen Preisen.
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 (Schlesinger)
kein Laden, II. Stock.
Sonnst. geöffnet 12-8 Uhr.
Bitte genau a. Firma 21 zu
und Hausnummer 21 zu achten.
In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Heute Mittwoch, den 10. November: Zahlabend in Groß-Berlin.

Das tägliche Brot.

Höchstpreise für Fische.

Infolge der fleischlosen Tage sind jetzt die Fische erheblich teurer geworden. Wie verlautet, steht jetzt auch die Festsetzung von Höchstpreisen für Fische und die Einschränkung von Fleischarten bevor.

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Fische hat sich als unumgänglich erwiesen, nachdem die stark vermehrte Nachfrage nach Fischen an den beiden ersten fleischlosen Tagen zu einer gänzlich ungerechtfertigten, in vielen Fällen sogar geradezu wucherischen Verteuerung der Waren ausgebeutet worden ist.

Das Mißverständnis.

In der konservativen „Kreuz-Zeitung“ sucht Dekonomierat Hösch die herrschende Verstimmung über die Teuerung auf das berühmte „Mißverständnis“ zurückzuführen:

„Es ist das Mißverständnis zwischen den einzelnen Gruppen der schaffenden Stände, was uns für die weitere Zukunft Sorge macht und das nicht als eine unabänderliche Begleiterscheinung unserer wirtschaftlichen Entwicklung hingenommen werden darf.

Natürlich leiden gerade die Verbraucher an diesem Mißverständnis; während die Frage, ob es nicht die Erzeuger und Händler vielfach an Verständnis und Empfinden für die Lage der breiten Schichten fehlen lassen, gar nicht erst aufgeworfen wird.

„Nun ist auch derjenige Teil der Bevölkerung, welcher Landwirtschaft betreibt, bei steigender Berufsleistung, sowohl relativ wie absolut, immer mehr hinter unserer Gesamtbevölkerung zurückgeblieben, und er befindet sich vor allem hinsichtlich der Tagesliteratur unseren Großstädten gegenüber allzusehr im Nachteil.

Mit dem letzten Satz wird man einverstanden sein können, wenn wirklich der Staat die Landwirtschaft als seine Sache ansieht und sie nicht völlig einem einzelnen Berufsstände, der dabei seinen eigenen Gewinninteressen nachgeht, überläßt.

Eine Tagung der badischen Konsumentenvertretungen.

In Offenburg waren am Sonntag im Rathausaale über 80 Delegierte aus dem badischen Lande versammelt, um auf eine Einlabung des Bezirksausschusses Karlsruhe (Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen) eine Ausrede zu pflegen.

Die am 7. November in Offenburg versammelten Vertreter der im Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen, Bezirksausschuss Karlsruhe, vereinigten Verbraucher des Großherzogtums Baden hoffen zuversichtlich, daß die neuerdings erlassenen Verordnungen gegen den Lebensmittelwucher und die Maßnahmen für eine angemessene Verteilung der Vorräte von Erfolg begleitet sind.

Die Versammlung richtet an den Reichsfinanzler und die Großherzoglich badische Regierung die dringende Bitte, zur Steuerung der alle Volksteile schwer belastenden Teuerung der Lebensmittel und wichtigen Bedarfsartikel und zur Vermeidung weiterer wucherischer Ausbeutung des Volkes auch fernerhin die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, da nur durch rücksichtsloses Eingreifen der Regierung Besserung zu erwarten ist und ein „wirtschaftliches Durchhalten“ ermöglicht wird.

Von sozialdemokratischer Seite wurde angeregt, es nicht mit der Vorstellung bei der Regierung bewenden zu lassen, sondern an die jetzt in Berlin und Karlsruhe zusammentretenden Volksparlamente energische Eingaben zu richten.

Die Tagung war vorwiegend von Vertretern der Beamten- und Arbeiterorganisationen aller politischen Anschauungen besucht.

Einen Hirtenbrief gegen die Preissteigerung haben die drei Generalinspektoren der Provinz Sachsen soeben an ihre Gemeinden gerichtet. Es heißt darin: „Wenn jetzt die Not des Volkes Erzeuger und Händler verführen kann, ihre Vorräte zurückzuhalten, die Preise für die Nahrungsmittel hinaufzutreiben, übermäßig hohe Gewinne einzufahren, so zeugt ein solcher Wucher in dieser schweren Zeit von Gewissenlosigkeit und harter Selbstsucht, gegen welche das Volkbewußtsein mit Recht sich empört.“

Jeden, der es mit unserem Volke treu meint, muß es auf das tiefste betrüben, daß in Tagen, wo wir so Großes von Gott erfahren und noch vor so ungeheure Aufgaben gestellt sind, eine so niedrige Gesinnung, um des lächerlichen Mammons willen, aufstehen kann. Die Bestrafung der Schuldigen und die Besserung des Übels durch gesetzliche und politische Maßnahmen ist nicht unsere Sache.

Auch eine Sparerkonferenz in Bielefeld bezeichnet die ungerechtfertigte Verteuerung der Lebensmittel als „das Ernsteste, das im moralischen und vaterländischen Sinne Bedenklichste, was wir seit Ausbruch des Krieges erlebt haben“.

Norwegischer Ausfuhrzoll für Feringe.

Nach einer Meldung des Rigaer Bureau ist durch einen königlichen Erlass die Ausfuhr von gefalzten Feringen, also nicht nur von Feittheringen, bis auf weiteres aus Norwegen verboten worden. Die Ausfuhr kann jedoch gestattet werden, wenn der Ausführende beim Zollamt eine Abgabe entrichtet, die vier Kronen für die Tonne bei einem Gewicht bis zu hundert Tonnen netto beträgt.

Aus der Partei.

Genosse Davidsohn verwundet.

Unser Genosse Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn ist bereits zum zweitenmal verwundet, diesmal bei den Kämpfen in Serbien. Er befindet sich jetzt in einem Lazarett in Dutschina (Serbien). Der Schuß ging durch den Mund und verletzte Lippe, Zunge und Gaumen. Die Zähne, von denen mehrere zerstört wurden, hemmten die Gewalt der Kugel, sodaß der Verwundete die Kugel gleich ausspucken konnte.

Der erste sozialdemokratische Gemeindevorsteher in Westpreußen.

In Barporen, einem Kirchmehrdorfe von etwa 700 Einwohnern im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder, wurde im August dieses Jahres ein langjähriger Parteigenosse, der bereits mehrere Jahre als sozialdemokratischer Gemeindevorsteher amtiert hat, zum Gemeindevorsteher gewählt. Vor kurzem trat die Vertätigung der Regierung ein.

Die schwedische Sozialdemokratie und der Krieg.

Der Ausschluß von Professor Gustav Steffen, Hugo Larsson und Otto Järte aus der schwedischen Sozialdemokratie erregt nicht nur in Schweden, sondern auch in deutschen Parteikreisen viel Aufsehen. Die Angelegenheit interessiert in Deutschland ja deshalb, weil das Verfahren gegen die drei Genannten mit dem Krieg und Schwedens Stellung zur europäischen Bewicklung im engsten Zusammenhang steht.

Von der schwedischen konservativen Presse und auch von bestimmter Seite in Deutschland wird nun dem schwedischen Parteivorstand, der mit 18 gegen 5 Stimmen (zu den 5 gehörte die des in der entscheidenden Sitzung abwesenden Genossen Hermann Lindquist) den Ausschluß resp. die Suspendierung bis zum nächsten allgemeinen Parteitag beschlossen hat, zweierlei zum Vorwurf gemacht: 1. er habe sich zu seiner Maßregel durch die Deutschfreundlichkeit der drei Genossen bestimmen lassen, und zweitens die zur Begründung des Urteils angeführten Tatsachenlagen in Wirklichkeit gar nicht vor.

Demgegenüber muß folgendes festgestellt werden: An Steffen, Larsson und Järte wurde von seiten der Parteiführer zweimal die Frage gerichtet, ob das Gerücht, sie seien an einem anonym erschienenen Buche, das Schweden zum Eintritt in den Weltkrieg an der Seite Deutschlands auffordert, als Mitverfasser beteiligt, auf Wahrheit beruhe. Die Befragten lehnten die Antwort ab, gaben aber deutlich zu verstehen, daß sie die in der besprochenen Schrift niedergelegten Ansichten im wesentlichen teilten. Die auswärtige Politik steht über dem Parteiprogramm. Es scheint nun so, als ob Professor Steffen jedenfalls nicht zu den Autoren des Buches gehört, dafür aber hat er in anderen von ihm mit seinem Namen gezeichneten Werken dem Aktivismus und dem Imperialismus die denkbar weitgehendsten Zugeständnisse gemacht, und von den beiden anderen steht, ganz von der Frage ihrer Mitwirkung bei der erwähnten Schrift abgesehen, nicht minder fest, daß sie ebenfalls Auffassungen vertreten, die mit den Beschlüssen der Internationale und von der großen Masse der schwedischen Arbeiterschaft befolgten Friedenspolitik nicht in Einklang zu bringen sind.

Ihre Freundschaft für Deutschland ist für die Beurteilung des Falles an sich vollkommen belanglos. Sie erhält ihre Bedeutung nur durch die praktische Forderung, an Deutschlands Seite den Krieg zu wagen. Eine auf die Erhaltung des Friedens bedachte Partei hat nicht danach zu fragen, ob die aktivistische Propaganda, die sie bekämpft, das Schwert für die eine oder für die andere Seite gezogen wissen will.

Die, denen der Ausschluß trotzdem als eine Härte erscheint, sollten sich die Umstände vergegenwärtigen, unter denen die schwedische Sozialdemokratie gegenwärtig zu arbeiten hat. Die konservativen Elemente des Landes führen einen zum Teil recht lebhaften Feldzug zugunsten der Teilnahme am Krieg. Stellt sich die Partei nun einmal auf den Standpunkt, daß der Krieg unbedingt vermieden werden müsse, so ist es ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Gegner sie nicht mit Argumenten von Leuten bekämpfen können, die ein Recht haben, sich Sozialdemokraten zu nennen. Wenn die deutsche Partei Gerhard Hildebrand mitten im Frieden ausschloß, so kann man den schwedischen Genossen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie in einer so kritischen Zeit wie der gegenwärtigen zwischen sich und den Aktivisten eine deutliche Trennungslinie zieht. Die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Partei hat eben dort ihre Grenzen, wo die Voraussetzungen ihrer Existenz in Frage kommen.

Aus Industrie und Handel.

Englische Kohle für Schweden.

„Verlingste Tidende“ meldet aus Stockholm: Die schwedische Regierung hat ein besonderes Kohlenbureau eingerichtet, das dem von der englischen Regierung errichteten Londoner Bureau für die Kohlenausfuhr nach Schweden entspricht. Das schwedische Bureau kauft den gesamten schwedischen Bedarf an Kohle ein, sorgt für die Verfrachtung und verkauft die Kohlen an die Lebensmittelkommission, die sie weiter verteilt. Die Errichtung des Bureaus war eine Bedingung für die genügende Versorgung Schwedens mit Kohle.

Kriegsgewinne.

Die Zuderfabrik Wedburg A. G. schloß im vergangenen Jahre mit einem Verlust von 84 000 M. ab. In diesem Geschäftsjahr erzielte sie einen Reingewinn von 84 140 M., trotzdem die Abschreibungen mehr als verdoppelt wurden. Aus dem Ueberfluß wird ein Kapitalgewinnanteil von 5 Proz. gezahlt. Der Reinerlös für Rohzucker stieg von 9,65 auf 10,58 M., der für Melasse von 2,80 M. auf 3,50 M.

Die Zuderhandelsunion A. G. in Hamburg erzielte einen Ueberfluß von 1,14 Millionen Mark gegen 16 610 M. im Vorjahre. Die Dividende beträgt 25 Proz. (gegen 0 Proz. im Vorjahre).

Die Zuweiler Email- und Metallwerke vom Fr. Ulrich Söhne steigerten trotz erhöhter Abschreibungen ihren Reingewinn von 0,82 auf 0,48 Mill. Mark. Nach verstärkten Rücklagen verbleibt eine Dividende von 10 Proz. (gegen 8 Proz. i. V.).

Die Maschinenfabrik Hasenclever A. G. zu Düsseldorf erhöht ihre Dividende von 15 auf 25 Proz. Der Fabrikationsüberschuß stieg von 1,26 auf 1,49 Mill. Mark. Nach erhöhten Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 848 820 M. (gegen 479 900 M. i. V.), wovon 850 000 M. als Dividende verteilt werden.

Die Stärke-Zuderfabrik A. G. vom Fr. G. Koehlmann u. Co. in Frankfurt a. O. zahlt wie im Vorjahre 20 Proz. Dividende und stellt außerdem eine halbe Million Mark als Spezialreserve zurück.

Soziales.

Wirkung der Verteuerung der Lebensmittel.

Wie die Verteuerung der Lebensmittel auf die Erhöhung des Preises der großen Güter wirkt, zeigt eine Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ über die Pachtsteigerungen medienburgischer Güter. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

Sehr interessante Angaben erfährt man aus Medienburg über die Summen, die jetzt, mitten im Kriege, bei Neuverpachtungen von Gütern und Höfen an Pacht anstandslos mehr gezahlt werden. Hier einige Beispiele: Hof Malow: bisherige Pachtsumme 9000 M., künftige 11 500 M., also mehr pro Jahr 2500 M.; Gut Benlow: bisherige Pachtsumme 17 250 M., künftige 22 500 M., also mehr pro Jahr 5250 M.; Hof Scharpau: bisherige Pachtsumme 18 000 M., künftige 27 000 M., also mehr 9000 M.; Kammerpachthof Bangow: bisherige Pachtsumme 22 800 M., künftige 28 500 M., also mehr pro Jahr 5700 M. Die erzielten Pachtsummen würden noch ganz andere sein, wenn die meisten Neuverpachtungen nicht unter der Hand geschehen würden, so daß eine Preistreiberi also nicht stattfindet. Auch die obigen Verpachtungen haben unter der Hand stattgefunden, und besonders bemerkenswert ist, daß in allen Fällen die Pächter, die seit langen Jahren auf den Höfen sitzen, dieselben geblieben sind, sie also die Ertragsfähigkeit ihrer Pachtungen sehr wohl einschätzen wissen.

Kriegsschein mit einem Kennzeichen.

Ein Schlosser, der bei der Firma Ludwig Löwe beschäftigt war, erhielt bei seiner Entlassung einen Kriegsschein, welcher die Bemerkung enthält, der betreffende Schlosser dürfe nach ärztlichem Urteile nur mit leichten Arbeiten in geräuschlosen Betrieben beschäftigt werden. Richtig ist, daß ein ärztliches Urteile vorliegt, welches besagt, der Schlosser, welcher nebenbei noch sehr leichte Arbeiten verrichten. Von geräuschlosen Betrieben steht nichts in dem Urteile. Nachdem der Schlosser bei Ludwig Löwe beschäftigt hatte, war er 12 Wochen bei der Firma David Grove beschäftigt. Diese Firma kommt für das Kriegsscheinabkommen nicht in Frage, der Schlosser brauchte deshalb den Kriegsschein von Ludwig Löwe bei Grove nicht vorzuzeigen. Als seine Arbeit hier zu Ende war, bewarb er sich bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik. Der Entlassungsschein von Grove, den er hier vorwies, genügte der Firma nicht, sie verlangte noch einen Ausweis über seine frühere Beschäftigung. Deshalb übergab der Schlosser den noch in seinen Händen befindlichen Kriegsschein von Ludwig Löwe. Weil dieser Schein die Bemerkung enthält, daß der Schlosser nur leichte Arbeiten in geräuschlosen Betrieben verrichten dürfe, wurde er nicht eingestellt. Denn geräuschlose Arbeiten gibt es in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik nicht. Auf leichte Arbeiten würde sie aber den Schlosser eingestellt haben. Er ist also durch die auf geräuschlose Arbeit bezügliche Bemerkung im Kriegsschein geschädigt worden und verlangte deshalb durch eine Klage beim Gewerbegericht Schadenersatz von der Firma Ludwig Löwe.

Das Gericht (Kammer 5) entschied, daß es unzulässig sei, eine Bemerkung der bezeichneten Art in den Kriegsschein aufzunehmen. Aber es fehle der Nachweis des tatsächlichen Zusammenhangs zwischen dieser Bemerkung und der Nichteinstellung des Klägers, denn es sei zweifelhaft, ob der Kläger überhaupt nötig hatte, nachdem er 12 Wochen in einem nicht zum Kriegsscheinabkommen gehörenden Betriebe beschäftigt war, von dem gekennzeichneten Kriegsschein Gebrauch zu machen. Das Gericht beschloß, Auskunft von der Feldzeugmeisterei darüber einzuholen, ob im vorliegenden Falle die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik den Kläger nicht ohne Kriegsschein hätte einstellen können.

Hierauf verglichen sich die Parteien dahin, daß die Beklagte dem Kläger, der 25 M. gefordert hatte, 10 M. zahlt.

Granatendrehen ist keine Lehrlingsausbildung.

Ein Dreherlehrling, der bei der Firma Gebr. Zellchow seit Oktober vorigen Jahres ausschließlich Granaten geschrupt und geschliffen hat, klagte beim Gewerbegericht auf Lösung des Lehrvertrages wegen mangelhafter Ausbildung. Die Kammer 5 gab durch Urteil diesem Antrage statt, mit der Begründung, bei der angeführten Arbeit könne der Kläger nicht ordnungsmäßig als Dreher ausgebildet werden. Die Arbeiten an Granaten würden auch von Arbeitsschülern geleistet. Die Gelegenheit, Dreherlehrlinge ordentlich auszubilden, sei jetzt überhaupt schwach, der Kläger werde wohl auch solche Gelegenheit nicht finden, aber er sei im Recht und könne nicht abgewiesen werden.

Kriegsbekanntmachungen.

Freigabe von beschlagnahmten Deden.

Amlich, Berlin, 8. November. (B. Z. B.) Im „Reichsanzeiger“ wird eine Freigabebewilligung zu der Bekanntmachung W. M. 231/A. 15. K. R. A. betreffend Beschlagnahme von Schlafdecken, Haardecken und Federdecken (Boilach) veröffentlicht. Danach sind alle Deden und Dedenstoffe, die mindestens zu 25 Prozent aus Kamelhaar bestehen, freigegeben, gleichgültig, in welchen Mengen sie vorhanden sind, jedoch nicht sogenannte „Kamelhaarimitate“. Ferner sind freigegeben die Vorräte eines und desselben Eigentümers, die unter Berücksichtigung der am Tage der Beschlagnahme (1. Oktober 1915) vorhanden gewesen, zusätzlich der nachher fertiggestellten Deden geringer sind als (Mindestvorräte).

a) bei Deden:

50 Stück von einer einzigen Qualität, gleichgültig, wie groß die Gesamtbestände sind.

b) bei Dedenstoffen:

100 Meter Dedenstoff einer einzigen Qualität, gleichgültig, welche Breite die Stücke haben.

Unterschiede in Farbe, Größe und Gewicht begründen für sich allein keine Verschiedenheit der Qualität. Jede Teilung der Vorräte, durch die sie der Beschlagnahme entzogen werden, ist verboten und strafbar.

Exmission gegen Kriegsteilnehmer.

Am 25. August erklärte der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums im Reichstag, daß eine Räumungsklage gegen einen Kriegsteilnehmer oder dessen Familie während des Krieges ausgelegt werden muß, daß eine Exmission unzulässig ist. Wiederholt haben wir dargelegt, auf Grund der verfehlten, mehrfach von uns angegriffenen Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 siehe es in der Praxis leider anders. Wir führen wieder aus verschiedenen Teilen Deutschlands derartige Fälle an, damit der Reichstag endlich bei seinem Zusammentritt die Aufhebung oder Aenderung der Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 verlange und das zum Schutz der Kriegsteilnehmer erlassene Gesetz vom 4. August 1914, das die Aussetzung auf Räumungs- und Mietzinsklagen gegen Kriegsteilnehmer vorschreibt, endlich wieder zur Geltung komme.

1. Im „Vorwärts“ vom 10. September hatten wir die Verurteilung eines im Felde stehenden Landsturmmannes und seiner Frau durch das Amtsgericht in Remel mitgeteilt. Die Frau erbat dann das Armenrecht für ihren Mann. Das Landgericht und das Oberlandesgericht lehnten die Erteilung desselben ab, weil die Rechtsverfolgung aussichtslos sei. Das Amts-, Land- und Oberlandesgericht stehen also entgegen der Begründung der Verordnung vom Januar 1915 auf dem Standpunkt: die Nichtzahlung von Miete ist eine Unbilligkeit, gegen die die weit größere Unbilligkeit nicht in Betracht kommt, daß der im Felde stehende unbemittelte Landsturmann durch Ausübung seiner Wehrpflicht an der Möglichkeit, Miete zu zahlen, verhindert ist.

2. Der Hausbesitzer Schnitthammer in Eiberfeld klagte gegen die Kriegsfrau Bartolomäi, deren Mann seit Beginn des Krieges im Felde steht, auf Räumung. Die Frau, die kränzlich und nichts mitverdienen kann, bezahlte von der Kriegsunterstützung an Miete soviel, wie sie dafür ausbringen konnte. Mietunterstützung wurde von der Gemeinde nicht gewährt, weil der Hausbesitzer nichts nachlassen wollte. Deshalb mußte die Frau im Mietrückstand bleiben. Die Angelegenheit kam vor das Mietminderungsamt. Dort kam ein Vergleich dahin zustande, daß die Frau von dem rückständigen Mietbetrag, sobald sie Arbeit bekomme, jede Woche 7 M. abzutragen hätte. Die Frau mit 2 Kindern bezog anfänglich 52 M. Unterstützung, dann nur 42 M., da ein 14-jähriger Sohn als Laufburche inzwischen etwas Arbeit gefunden hatte und dafür keine Unterstützung mehr gewährt wird. Trotz ihrer Kränklichkeit war die Frau bestrebt, ihren Verpflichtungen nachzukommen und lernte noch das Nähen von Drillschürzen. Als sie ausgeleert hatte, hörte diese Arbeit auf, so daß auch dieser Verdienst abgeschnitten war. Anderer Verdienst war trotz aller Bemühungen nicht möglich. Sie konnte also den Verpflichtungen nicht nachkommen, während die Mietschuld sich vergrößerte. Sie war auf 55 M. aufgelaufen. Hätte die Frau Mietunterstützung bekommen, hätte sie keine Miet-schulden.

Die Frau wurde zur Exmission verurteilt. Der Gerichts-vollzieher lehnte die Durchführung der Exmission ab. Das Vollstreckungsgericht wies den Gerichtsvollzieher aber an, die Exmission nicht aus dem Grunde abzulehnen, weil der Mann der Schuldnerin Kriegsteilnehmer ist.

3. Der Kaufmann Erich Buch in Karlshorst, Rhein-strasse 12 wohnhaft, befindet sich seit 13. April d. J. als Landsturmann beim Heer, zurzeit beim Dstheer in Russland. Die Familie besteht aus Frau und zwei Kindern im Alter von sechs und sieben Jahren. Vermögen und Einkommen ist nicht vorhanden. Die Familie bekommt vom Reich und Kreis insgesamt 48 M. Unterstützung pro Monat. Die Miete beträgt 46,67 M. pro Monat. Da die Familie sonst mittellos ist, hatte der Kriegsausbruch 30 M. Mietbeihilfe angeboten. Der Hauswirt Emil Schneider in Berlin-Steglitz, Lichterfelder Str. 39 ließ durch seinen Verwalter sagen, daß er auf die Zahlung der vollen Miete bestünde. Als Zahlung natürlich nicht erfolgen konnte, wurde die Räumungsklage beim Amtsgericht Berlin-Lichtenberg eingereicht. Durch Beschluß desselben Amtsgerichts wurde die Ehefrau als Vertreterin ihres im Felde stehenden Ehemanns bestellt. Die Ehefrau lehnte es ab, ihrem Mann zur Verurteilung zu verhelfen und wies auch dem Gericht nach, daß die Voraussetzung für die Bestellung eines Vertreters gemäß der Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 — erhebliche Schädigung des Gläubigers — nicht vorliege. In dem mündlichen Termin am 8. September 1915 beantragte die Ehefrau Abweisung der Klage. Gegen den im Felde befindlichen Ehemann wurde trotz Einspruchs des Gegners ein neuer Termin für den 8. Oktober d. J. anberaumt. Die Ehefrau überhörte hierbei, daß sie für ihre Person zur Zahlung von 186,68 Mark und zur Räumung durch den amtierenden Richter Herrn Amtsgerichtsrat Sterling, verurteilt wurde. Zugleich hatte sich auch ein Mieter gefunden, der, obwohl von dem ganzen Sachverhalt informiert, dennoch die Wohnung zum 1. Oktober d. J. mietete. Der Hauswirt reichte durch seinen Anwalt einen dringlichen Antrag ein, den am 8. Oktober angelegten Termin vor dem 1. Oktober d. J. stattfinden zu lassen. Begründet wurde der Antrag damit, daß der neue Mieter Bereitstellung der Wohnung zum 1. Oktober d. J. fordere, andernfalls mit Schadenersatzklage drohe. Es wurde zugleich auch ein Vertreter für den Kriegsteilnehmer in Person eines Rentiers Gustav Hertel aus Berlin-Steglitz, Potsdamer Str. 4 seitens des Hauswirtes vorgeschlagen. Dem entsprechend wurde vom Gericht beschlossen. Der zum 8. Oktober angelegte Termin wurde aufgehoben und auf den 29. September verlegt. Hier erkannte der Vertreter des Kriegsteilnehmers ohne Einvernehmen mit dem Kriegsteilnehmer die Forderung an. Es erfolgte Verurteilung auch des Kriegsteilnehmers zur Zahlung und Räumung zum 1. Oktober 1915. Die Ehefrau sowie deren Mann hatten von diesen Vorgängen keine Ahnung, bis am 30. September nachmittags der Gerichtsvollzieher das Urteil vom 8. September übergab, das Urteil vom 29. September gegen den Mann vorlas und mit Hilfe der mitgebrachten Arbeiter die Wohnung räumte bis auf einen Raum, die Schlafstube.

4. Der Landwehrmann Stibelski in Berlin steht seit dem August 1914 im Felde, wurde bei Dismunden verwundet und rüde nach seiner Wiederherstellung wieder ins Feld. Er hat an zahlreichen Schlachten, bald im Osten, bald im Westen, teilgenommen. Neben die gegen ihn und seine Frau vom Hauseigentümer Siegemund, Ebelingstr. 18, eingereichte Exmissionsklage berichteten wir seinerzeit. Die Klage gegen die Frau wurde abgewiesen, weil sie den Vertrag nicht unterzeichnet hatte. Sie lehnte ab, ihren Mann zwecks Durchführung der Exmissionsklage gegen ihn zu vertreten. Darauf wurde ihrem Mann ein Rechtsanwalt Reichle zum Vertreter bestellt. Der Landwehrmann teilte seiner Frau jetzt entrüstet mit, der Anwalt habe ihm geschrieben, er habe Versäumnisurteil gegen ihn ergehen lassen, weil der Landwehrmann seinem Vertreter wider Willen keine Information erteilt habe! Die Frau hat um sofortige Einlegung des Einspruchs im Namen ihres Mannes den Anwalt ersucht. Wertwürdige Anschauung, einmal, daß der in Schlachten stehende, bald hier, bald dort kämpfende Krieger die Möglichkeit habe, „Informationen zu erteilen“ und ferner, daß der Vertreter eines Krieges, dem bis heute die Lage nicht zuge stellt ist, dazu da sei, durch Richter erscheinen die Verurteilung seines Klienten wider Willen zu erwidern! Als ob das Bestreiten der Klagebehauptungen, die Anführung, daß die Lösung eines Landwehrmannes zur Mietzahlung nicht ausreicht und die Voraussetzung der Bundesratsverordnung vom Januar 1915 nicht vorliege, zur Abweisung der Klage nicht ausreichten. Hinzu tritt, daß aus den Akten

ersichtlich ist, daß dem vermögenden Kläger seitens der Gemeinde monatlich 18 M. Mietzuschuß gewährt wird, er also kein Recht auf Klage oder gar auf Exmission hat.

Die angeführten Fälle ließen sich erheblich vermehren. Die Regierung und alle Parteien haben erklärt, in solchen Fällen dürfe Räumungsklage nicht ange stellt, Räumung es unmöglich machen, daß die Bundesratsverordnung vom Januar 1915 weiter zu Exmissionsklagen gegen bedürftige Krieger und Kriegerfamilien mißbraucht werde? Wann endlich wird das Reich für unsere Krieger Mittel zur Bezahlung der Miete bereitstellen?

Aus Groß-Berlin.

Die treue Abonnentin.

Mit ihren 73 Jahren kam sie neulich nach unserer Redaktion heraufgehumpelt, um uns eine Bescherde vorzutragen. Sie war eine alte „Vorwärts“-Leserin und treue Parteigenossin und war gegen das kleinste Unrecht sehr empfindlich. Sie konnte es nicht verstehen, wie Frauen das Blatt abbestellen in dem Augenblick, wo der Mann ins Feld muß, und noch weniger, daß Frauen eine andere Zeitung anschaffen der Annoncen wegen, wie das eine Anzahl tun. Ohne meinen „Vorwärts“ kann ich nicht leben, versicherte uns die Greisin. Mehr wie ein Dutzend Jahre sind es wohl her, daß wir sie kennen lernten. Damals betrieb sie noch in der Linden-halle einen Handel. Von ihrem Verdienst half sie manchem armen Teufel und manche Träne hat sie trocken helfen. Auch der Partei gab sie, was sie konnte.

Aber die alten Knochen wollten dann nicht mehr; sie mußte den Handel aufgeben. Der schwerste Gang, den sie je in ihrem Leben angetreten hatte, war der zum Armenvor-sitzer. Lange hatte sie, die immer andere gegeben, sich gestraubt, vom Armenvorsteher Unterstützung zu erbitten. Aber es blieb ihr kein anderer Weg. Schließlich hat eine Frau, die sich so lange ehrlich und brav durchgeschlagen, auch ein Anrecht auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel der Gemeinde. Mit tränenerfüllten Augen erzählte uns die kreuz-brave Alte ihr Schicksal. Und doch, fügte sie hinzu, auch unter den jetzigen schwierigen und teuren Verhältnissen kann ich meinen „Vorwärts“ nicht missen. Vor kurzem wurden die Freixemplare aufgehoben, weil es nicht anders ging; auch ich hatte in letzter Zeit ein Freixemplar erhalten, das ich nur notgedrungen annahm. Es fällt mir ja nicht leicht, von dem Wenigen noch die 25 Pf. die Woche zu bezahlen, aber ich sehe ein, was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Gibt man dem einen ein Freixemplar, kann man es hundert anderen nicht verweigern. Und so darbe ich mir lieber die 25 Pf. ab, lieber esse ich noch eine Stulle trocknen Brotes weniger, aber meinen „Vorwärts“ muß ich haben. Mir ist nicht wohl, wenn ich des Morgens mein Blatt nicht habe.

Sprach's, verabschiedete sich und humpelte von einem unserer Boten begleitet und unterstützt die vier Treppen hinab. Das ist Treue, goldene Treue! Und vorbildlich für viele, denen es noch besser geht als unserer 73 jährigen Abonnentin.

Parteigenossen!

Werbet unermülich für die politische und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterschaft, haltet Treue Euren Organisationen!

Die Stadtverordnetenwahlen

sind gestern zu Ende gekommen. Wesentliche Personenänderungen treten nicht ein. An Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Bankiers George tritt Dr. Frank Wallach und für den verstorbenen Dr. Paul Herr Professor Dr. Ehlers. Die Beteiligung in der 2. und 1. Abteilung war eine kaum erwähnenswerte.

Die österreichischen, ungarischen und bosnisch-herzegowinischen Wehrpflichtigen interessiert folgende Veröffentlichung des I. u. I. Generalkonjuls: 1. Alle in den Jahren 1873 bis 1877, ferner 1891, 1895 und 1896 geborenen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen bzw. bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen, welche schon gemustert worden sind oder bereits gebiert haben, werden in der Zeit vom 23. November bis 20. Dezember 1915 einer erneuerten militärischen Untersuchung unterzogen werden. Die Untersuchung findet in den Räumen der Landwehrinspektion, Berlin-Schöneberg, General-Papestrasse in der Zeit von 9 1/2 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags statt. Zu erscheinen haben:

Jahrgang	deren Familienname mit dem Vuchstaben beginnt	Musterungstag
1873	A bis einschließlich H	23. November
	I	24. "
	P	25. "
1874	A	26. "
	I	27. "
	P	29. "
1876	A	H 30.
	I	O 1. Dezember
	P	Z 2.
1876	A	H 3.
	I	O 4.
	P	Z 6.
1877	A	H 7.
	I	O 8.
	P	Z 9.
1891	A	H 10.
	I	O 11.
	P	Z 13.
1895	A	H 14.
	I	O 15.
	P	Z 16.
1896	A	H 17.
	I	O 18.
	P	Z 20.

An einem der vorbezeichneten Tage haben ferner im Sinne der früheren Rundmachungen auch alle Landsturmpflichtigen zu erscheinen, die den Geburtsjahrgängen 1878 bis 1890 und 1892 bis 1894 angehören und seit dem 25. Mai (im Auslande seit dem 30. Juni) 1915 noch nicht nachgemustert sind, ferner die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrgangs 1897, die überhaupt noch nicht gemustert sind.

2. Dieser Aufruf gilt für alle diejenigen der vorgenannten Jahrgänge, welche in Groß-Berlin, Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen oder im Herzogtum Braunschweig ihren ständigen Wohnsitz haben. Die Musterung eines Landsturmpflichtigen darf nur an jenem Musterungsorte stattfinden, der für den ständigen Aufenthaltsort des betreffenden Landsturmpflichtigen zuständig ist. Eine anderwärts vorgenommene Musterung ist ungültig, sofern der Befund auf „nicht geeignet“ lautet. Eine persönliche Vorladung erfolgt nicht.

Verfassungstreffen während des Krieges.

Die Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin enthalten auch eine Nachweisung über öffentliche Versammlungen, die während des Krieges stattgefunden haben. Es wurden öffentliche Versammlungen angezeigt im September 1914 — 25, während im September 1915 35 angezeigt wurden. Die größte Zahl enthält der Februar mit 65 öffentlichen Versammlungen, von denen 13 überwacht wurden. 63 Versammlungen weist der Monat März auf, davon wurden 3 überwacht. Eine Versammlung im Mai 1915 ist polizeilich aufgelöst worden.

Die Bekanntmachungen des Magistrats.

Die amtlichen Veröffentlichungen des Magistrats erfolgten bisher an den Anschlagstafeln stets in roter Farbe. Nach einem Magistratsbeschlusse sind künftig alle amtlichen Veröffentlichungen der Reichshauptstadt nicht mehr in roter, sondern nur noch in weißer Farbe mit einem roten Rande und dem Kennzeichen des Wappens (Wären) zu erfolgen.

Städtisches Fleisch nicht für Gast- und Schankwirtschaften.

Bezüglich des städtischen Fleischverkaufes ist zufolge öffentlicher Bekanntmachung die Anordnung ergangen, daß die aus den städtischen Verkaufsstellen entnommenen Fleischwaren in den Gast- und Speisewirtschaften nicht zur Ausgabe an das Publikum gelangen dürfen. Aus mehrfacher Beobachtung ergibt sich, daß diese Anordnung von seiten einzelner Gastwirte keine Beachtung findet. Der Magistrat hat sich daher in der letzten Zeit veranlaßt gesehen, gegen Uebertretung dieser diesbezüglichen Anordnungen Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft einzureichen. Bekanntlich werden die Zuwiderhandlungen gegen die für den städtischen Fleischverkauf ergangenen Anordnungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M. belegt.

Liebesgaben zum Weihnachtsfeste.

In allen Herzen regt sich beim Nahen des Weihnachtsfestes wohl der Wunsch, unseren im Felde befindlichen Kriegern zu zeigen, wie ihrer in der Heimat gedacht wird. Bei keinem Anlaß tritt der Wunsch, bestimmte Personen, bestimmte Truppenteile, mit denen man durch heimatische Bande und Beziehungen verknüpft ist, durch Liebesgaben zu erfreuen, so in den Vordergrund, wie zu Weihnachten.

Diesem Wunsche Rechnung tragend hat die Heeresverwaltung verfügt, daß alle in einem Korpsbezirk gesammelten Liebesgaben auch den Truppenteilen und Formationen, die in diesem Korpsbezirk ihren Ertragsanteil haben, zugeführt werden sollen. Die Versorgung aller Verbände mit Weihnachtsgaben aus der Heimat ist aber eine gewaltige Aufgabe und nur dann durchführbar, wenn alle Sonderbestrebungen unterbleiben, wenn alle sammelnden Vereine, Zeitungen usw. die eingehenden Spenden den Stellen zuführen, die zu ihrer Verteilung berufen sind. Dabei sollen die von den Spendern geäußerten Wünsche nach Berücksichtigung bestimmter Truppenteile und Formationen weitgehend beachtet und erfüllt werden. Besonders erwünscht sind Einzelpakete in ungefährem Umfang einer Zigarrettenkiste. Der Wert derselben soll den auf den einzelnen Empfänger entfallenden Betrag von 5 M. nicht übersteigen. Es bleibt dem Spender unbenommen, die Weihnachtspakete durch Aufkleben der Adresse der Beher kennlich zu machen.

Die Versorgung der in den Lazaretten des Kriegsschauplatzes befindlichen Verwundeten und Kranken mit Weihnachtsgabepaketeten hat das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz übernommen.

Im übrigen wird auf die demnächst erscheinenden Aufforderungen der Wohltätigkeitsvereinigungen zum Spenden von Liebesgaben hingewiesen, deren Beachtung zum Gelingen des Ganzen erforderlich ist und einem jeden deshalb dringend empfohlen wird.

Aufgehobene Verfügungen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Verfügung des Polizeipräsidenten in Berlin vom 8. v. M. — A. 473. IX. D. 15 —, durch welche den Kaufleuten Ernst Wiederhold, hier, Wilhelmstr. 120, und Karl Enke in Berlin-Wilmersdorf, Restorfstr. 13, auf Anordnung des Oberkommandos der Handel mit Heiz- und Leuchtstoffen sowie jegliche unmittelbare Beteiligung an einem solchen Handel untersagt wurde, ist auf Anordnung des Oberkommandos wieder aufgehoben worden.

Strafensunkfall. Am Ringbahnhof Tempelhof verfuhrte gestern mittag der 68 jährige Arbeiter Bernhard Jalous aus Tempelhof kurz vor einem in der Richtung nach Berlin fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 96 das Gleis zu überschreiten. Da der Führer trotz größter Bemühungen den Wagen auf so kurze Entfernung nicht mehr zum Stehen bringen konnte, wurde der alte Mann umgestoßen. Er erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster einen Schädelbruch. Der Verunglückte wurde nach dem Kreiskrankenhaus in Britz gebracht.

Keine Nachrichten. Weil ihm sein kleiner Vierkaster immer weniger einbrachte, hat sich der 87 Jahre alte verkrüppelte Wilhelm Süde aus der Kolberger Straße das Leben genommen — Beim Rangieren ist wieder ein Mann tödlich verunglückt. Der Hilfs-rangierer August Unruh vom Straßauer Platz 23, ein junger Mann von 17 Jahren, war gestern auf dem Lehrter Hauptbahnhof tätig. Dort fiel er so unglücklich hin, daß er unter die Räder geriet, überfahren und getötet wurde. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. — Das Opfer eines Unfalles ist auch der 81 Jahre alte Hospitalist Karl Dubil aus der Kaiser-Friedrich-strasse 71 zu Panlow geworden. Der Greis erlitt am Freitag voriger Woche auf dem Bahnhof Schönhauser Allee bei der Aus-fahrt eines Juges einen Schwindelanfall, fiel auf das Gleis und geriet unter die Räder, die ihm einen Arm abquetschten. Gestern starb er im Krankenhaus am Friedrichshain an den Folgen der Verletzungen.

Aus den Gemeinden.

Resultat der Spandauer Stadtverordnetenwahlen.

Bei der Wahl am Sonntag erhielten Stimmen im 1. Wahlbezirk Genosse Vorchard 5, Stab. Hierow (Sammellandidat der Bürgerlichen) 100; im 2. Bezirk Genosse Göge 28, Genosse Vorchard 25, Stab. Guth 38, Tiefbaumeister Schulz (Sammellandidat) 34; im 3. Bezirk Genosse Vorchard 35, Vorarbeiter Goppe (Sammellandidat) 34; im 4. Bezirk Genosse Pieser 70, Stab. Bartel (Sammellandidat) 193; im 5. Bezirk Genosse Göge 70, Schlosser v. Bresinski (Sammellandidat) 75, zerplittert 1. Es sind demnach gewählt Genosse Gustav Vorchard (z. J. im Felde) und fünf bürgerliche Sammellandidaten. Die Partei, die zwei Mandate zu verteidigen hatte (im 6. und 8. Bezirk), hat demnach das Mandat im 8. Bezirk verloren, wo Genosse Göge mit nur wenigen Stimmen in der Minderheit blieb.

Besonders heftig gekämpft wurde um den 7. Bezirk (sogenannten Beamtenbezirk). In diesem Bezirk hatte der bürgerliche Kandidat bis Mittag schon 95 Stimmen, ebensoviel wie bis zu dieser Zeit in allen übrigen Bezirken zusammen. Alle alten Pensionäre, Post- und Bahnbeamte, ebenso die Straßenbahner wurden zur Wahl kommandiert, nur die Staatswerkstättenarbeiter ließen dieses Mal keinen Druck auf sich ausüben und blieben zum großen Teil der Wahl fern. Wenn auch das Wahlergebnis hätte besser ausfallen können, so fand die Spandauer Parteigenossen doch zufrieden damit, aus eigener Kraft gegen alle bürgerlichen Parteien einen Kandidaten durchgebracht zu haben.

Lebensmittelfragen in Neutölln.

Die Lebensmittelkommission beschäftigte sich unter anderem auch in der gestrigen Sitzung mit den Eros- und Gebädpreisen. Allgemein wurde lebhaft debattiert, daß es Neutölln nicht möglich war, als Selbstwirtschaftsverband aufzutreten, zumal es sich bereits mit ländlichen Kreisen über die Lieferung von Roggen und Weizen verständigt hatte. Der Regierungspräsident hat jedoch kurzerhand diesen Wunsch abgelehnt. Nach den Befundungen des Dezerenten wäre die Stadt bei Selbstversorgung in der Lage gewesen, Roggenmehl für 28,50 M. pro Sad herzustellen. Die Kriegsgroßhandlung verlange aber 33,50 M. pro Sad für das der Mehlmühle Berlin gelieferte Roggenmehl. Besonders der hohe Gewinn der Kriegsgroßhandlung erregte lebhaften Unwillen in der Kommission. Bezüglich der Milchlieferung glaubt man mit den jetzt bestehenden Milcharten, die zur Entnahme von Milch, pro vier 28 Pf., für kleinere Kinder und Kranke bei der Firma Schmidt berechnen — auskommen zu können. Lebhaftige Klagen wurden erhoben über die nach den städtischen Verkaufsstellen gelieferten Kartoffeln und Eier. Es wurde versichert, daß jetzt wieder bessere Ware zur Verfügung stünde. Ein Antrag auf Herabsetzung der Portionenpreise in der Kriegsnotstandsfläche auf 25 Pf. für Unterstufungsberechtigte wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Ein anderes Angebot auf Lieferung von Rumpfschinken wurde angenommen und beschlossen, denselben zum Preise von 40 Pf. pro Pfund in den städtischen Verkaufsstellen in nächster Zeit zu verkaufen.

Die von der Stadt vorläufig beschafften 350 Zentner dicken Sped sollen zum Preise von 2,20 M. pro Pfund zunächst nur an unterstützungsbedürftige Kriegserkrankte oder Arbeitslose abgegeben werden. Da andere Räume als die Freibaut zur Ausgabe dieser Ware nicht zur Verfügung stehen, so soll die Ausgabe dort erfolgen. Eine Anregung, die Verkaufsstelle auf dem Markt Schillerpromenade umzuwandeln, ist bereits dem Bezirksausschuß unterbreitet worden.

Die Verkaufspreise für Kartoffeln in den städtischen Verkaufsstellen sind vom 10. November ab auf 35 Pf. für 10 Pfund herabgesetzt worden. Auch werden jetzt Mengen zu 5 Pfund verkauft, der Preis hierfür beträgt 18 Pf. Der Preis für den Zentner Kartoffeln im Großverkauf auf den städtischen Eiswerken wird ebenfalls ermäßigt und beträgt vom 10. November ab 3,25 M. je Zentner.

Aus der Neutöllner Magistratsitzung.

Der Magistrat erklärt sich mit der Errichtung einer Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin gemäß der Bundesratsverordnung einverstanden und wählte nachstehende Vertreter der Stadtgemeinde Neutölln in die Groß-Berliner Sachausschüsse: In den Sachausschuß A: Stadtverordneten Klotz, als Vertreter Stadtverordneten Jousall; in den Sachausschuß B: Stadtverordneten Sorge, als Vertreter Obermeister Starke; in den Sachausschuß C: Stadtverordneten Thurov, als Vertreter Richard Richard Schmidt; in den Sachausschuß D: Stadtverordneten Scholz, als Vertreter Stadtverordneten Weber.

Neben der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin wird für unsere Stadt eine besondere Preisprüfungsstelle gemäß der Bundesratsverordnung vom 25. September d. J. errichtet. Zum Vorsitzenden dieser Preisprüfungsstelle wird der Stadtrat Rier und zu seinem Stellvertreter der Stadtbaurat Weigand gewählt. Als Mitglieder der Neutöllner Preisprüfungsstelle fungieren die Mitglieder der Lebensmittelkommission. Der Magistrat erklärt sich damit einverstanden, daß für Zwecke eines neu zu errichtenden Abendheimes städtische Räume kostenlos unter Übernahme der Kosten für Heizung und Beleuchtung auf die Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt werden.

Der Beschluß über die Gewährung von Mietbeihilfen aus Gemeindemitteln wird vom 1. Oktober 1918 ab auch auf die sogenannten Hausreinigungsfrauen ausgedehnt. Der gegebenenfalls zu schätzende Wert der für die Verordnung der Hausreinigung überzweigten Wohnung soll als Verdienst bei der Berechnung des Gesamteinkommens berücksichtigt und dann, wenn nach den beschlossenen Grundätzen die Voraussetzungen für den Bezug der Mietbeihilfe gegeben sind, die Sonderbeihilfe an die Frauen direkt gezahlt werden. Der Hauseigentümer ist von der Bewilligung der Sonderbeihilfe zu benachrichtigen.

Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

Die Versammlung am Montag nahm zunächst Kenntnis von der Wahl der Beisitzer und Stellvertreter zu dem am 15. d. Mts. stattfindenden Ergänzungswahl zum Stadtparlament. Hierauf wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Verordnung der Stadt mit Lebensmitteln verhandelt. Der Referent betonte, daß die Teuerung der Lebensmittel durch die Aufkäufe der Gemeinden mit herbeigeführt worden sei. Um derartiges zu vermeiden, müsse die Stadt der Preisprüfungsstelle Groß-Berlins beitreten. Es müsse eine scharfe Prüfung durch ehrenamtliche bezw. besoldete Kräfte stattfinden, damit keine ungerechten Preise erhoben werden. Die Käufer dürfen nicht überäuert und in den Besitz unbrauchbarer Waren gelangen. Die Versammlung stimmte dann der von uns in der gestrigen Nummer erwähnten Ausgabe von Milcharten zu.

Die Liberale Fraktion brachte sodann noch einen Antrag ein, der den Magistrat ersucht, bei dem Reichsfinanzamt auf Erlaß einer Verordnung hinzuwirken, wonach bei Grundstücksbesitzern die Regelung geländiger erster Hypotheken bis 1 1/2 Jahre nach Beendigung des Krieges zurückgestellt werden soll. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen.

Dem Ungarischen Roten Kreuz wurden 2000 M. überwiesen.

Berichtszeitung.

„Dreiklang“ als Liebesgabe.

Die Kaffee-, Tee- und Kakao-Tabletten, die von der bekannten chemischen Fabrik Dr. Schweiger u. Co. in Wädlingen unter dem Namen „Dreiklang“ als Liebesgaben auf den Markt gebracht hatten, beschäftigten am Dienstag noch einmal die 1. Strafkammer des Landgerichts II.

Der Geschäftsführer jener Firma, Herr Dr. Senger, war vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil die Kaffee-Tabletten nicht reinen Kaffee darstellten, sondern nur 40 Proz. Kaffeegehalt aufwiesen und im übrigen mit Kakao gemischt waren und einen kleinen Zusatz von Zuckerstrupp enthielten. Nach dem Gutachten des Professors Dr. Judenack hätte der Zusatz von Kakao deklarieren werden müssen; ohne eine solche Deklaration liege eine Nahrungsmittel-Fälschung vor, denn das Publikum glaube reinen Kaffee zu erhalten und erhalte ein Gemisch mit einem Kakaostrupp.

Hiergegen hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Er wies darauf hin, daß seine Reisenden instruiert seien, auf die Zusammensetzung von Kakao aufmerksam zu machen. Auch beantragte er die Vernehmung anderer Sachverständiger. Das Gericht lehnte die vom Verteidiger beantragte Hinziehung anderer Sachverständiger ab. Der solche Kaffee-Tabletten kauft, wolle ein Naturprodukt, gemahlten Kaffee, erhalten, der nur aufgebriht zu werden brauche. Da nach den Feststellungen des Nahrungsmittelamtes

Bittau hier aber nur 50 Proz. Kaffeegehalt vorgelegen, so sei gegen das Nahrungsmittelgesetz verstoßen. Mit Rücksicht auf die vollkommene Unscholtheit des Angeklagten ermäßigte die Strafkammer die Strafe auf 300 M. Geldstrafe eventl. 90 Tagen Gefängnis.

Was ist Lebensmittelwucher?

Unter der Anklage des Lebensmittelwuchers hatte sich der Kaufmann Josef Jobler vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, dadurch Kriegswucher in erheblichem Umfang getrieben zu haben, daß er Konjervenbüchsen, die mit Sauerlöh und Würstchen gefüllt waren, bei der Fabrikantenfirma für 85 Pf. eingekauft und an seine Abnehmer für 1,25 M. weiter abgesetzt hatte.

Der gerichtliche Sachverständige Prausnitz hielt diesen Zwischenverdienst an sich für durchaus unangemessen und übermäßig, um so mehr, als die Büchsen und der Sauerlöh nur einen tatsächlichen Wert von 20 Pfennigen repräsentierten. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I hielt nichtsdestoweniger eine Freisprechung für geboten, da nach dem Wortlaut der Bundesratsverordnung bei der Beurteilung der Straftat die gesamten vorliegenden Verhältnisse zu berücksichtigen seien. Nicht der objektive Wert der verkauften Ware oder die erzielte Gewinn Differenz seien der Beurteilung zugrunde zu legen, sondern die gesamte Geschäftskalkulation. Vorliegend habe der Angeklagte aus dem Geschäftsgewinne keine Frau und fünf Kinder kaum nähren können. Da auch der Sachverständige begutachtete, daß der kleine Betrieb mit großen Speien gearbeitet hat und ein allzu großer Endverdienst kaum übrig geblieben sein dürfte, kam das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten.

Parteigenossen! Werbt in Bekanntheit für Euer Blatt, den „Vorwärts“

Aus aller Welt.

Grubenkatastrophe auf Zeche „Deutscher Kaiser“. Aus Hameln wird gemeldet: Auf Zeche 3-7 der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ ereignete sich Montagnachmittag gegen 5 Uhr eine lokale Schlagweiterexplosion in Höhe 12 auf der fünften Sohle, bei der neunzehn Bergleute zu Tode gekommen sind. Zwei Bergleute wurden schwer und fünf leicht verletzt. Die Verunglückten und die Verletzten sind sämtlich geborgen. Jede weitere Gefahr ist beseitigt. Die übrigen Grubenbauten sind durch die Explosion nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Eisenbahnunglück. Am Montagnachmittag wurden im Tunnel zwischen Barmen-Loh und Barmen-Heubrich sieben Arbeiter beim Ausweichen vor einem Güterzuge von einem anderen Güterzuge überfahren. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, zwei Arbeiter schwer und vier leicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Explosion in einer französischen Munitionsfabrik. Der „Temps“ meldet: Am Freitag hat in einer Munitionsfabrik in Saint-Calais (Departement Sarthe) eine Explosion stattgefunden. Ein Soldat und mehrere Arbeiter wurden verwundet.

Mißglückter Attentatsversuch. In Bukarest explodierte am Montag auf der Straße eine Gasmaschine, die einem Dienstmann zur Beförderung an einen Seminarprofessor namens Jancaresen übergeben worden war. Der Dienstmann wurde schwer verletzt, ein gerade vorübergehender junger Mann erlitt leichte Verletzungen. Man nimmt an, daß ein Raubakt an dem Professor geplant war. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 375 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 2 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 206), 5 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 61), 9, 11, 12, 18, 26, 35, 42, 43, 46, 48 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 90), 49, 51, 53 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 17), 55 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 56, 59, 62 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 63 bis einschl. 70 (letzteres f. auch Landw.-Inf.-Regt. Nr. 17), 83, 85, 86 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 63), 88, 90, 93, 95, 96, 97, 128 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 17 und Ref.-Inf.-Regt. Nr. 61), 132, 135 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 138, 141 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 145, 147, 150, 151, 153, 154, 157, 158, 159, 162 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 90), 163, 164, 165, 166, 168 bis einschl. 176. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 5 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 61), 9, 11, 12, 13, 16 (letztere beiden f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 18, 20, 45, 52, 59, 60, 61, 64 bis einschl. 68, 84, 86, 87, 88, 90, 92, 93, 130, 206, 208, 211, 213, 214, 216, 217 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 218 bis einschl. 224, 230, 231, 254, 255, 256, 259, 260, 263, 267, 268. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 10, 11, 17, 19 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 23, 31, 37, 39 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 231), 43, 63, 68, 83, 93. Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 5 des 4. Armeekorps (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 17). Landsturm-Infan-

terie-Regiment Nr. 115. Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 163 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 83), 191 (f. Inf.-Regt. Nr. 150).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 1 und 7; Dragoner Nr. 1, 5, 18, 22, 24; Husaren Nr. 1 und 14; Reserve-Husaren Nr. 9; Ulanen Nr. 2, 3, 4, 8, 12; Jäger zu Pferde Nr. 6 und 9. 3. mobile Landsturm-Eskadron des 4. Armeekorps (Lorau).

Feldartillerie: 2., 3. und 5. Garde-Regiment; Regimenter Nr. 2, 6, 16, 18, 21, 33, 37, 52, 54, 58, 70, 83, 99, 111, 112, 201; Reserve-Regimenter Nr. 15, 22, 43, 48, 51, 56, 67; Landwehr-Regiment Nr. 15.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 13, 15; Reserve-Regimenter Nr. 4 und 20. Fußartillerie-Bataillon Nr. 22; Batterien Nr. 245, 293 und 404. Schwere 15-cm-Kanonen-Batterie Nr. 6.

Pioniere: Regimenter Nr. 23, 30, 36; Bataillone: II. Nr. 2, III. Nr. 5, I. Nr. 6, I. Nr. 8, II. Nr. 17, II. Nr. 21, II. Nr. 27, III. Nr. 29; Reserve-Bataillon Nr. 39. Pionier-Kompagnien Nr. 99 und 112; Reserve-Kompagnien Nr. 62 und 88. 2. Landwehr-Pionier-Kompagnie des 15. Armeekorps. Feld-Schlepperzuges Nr. 52. Verlehrsstruppen: Feldstigeztruppe. Etappen-Kraftwagenpark Nr. 7.

Train: Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 3 Posen. Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 1 des 4. Armeekorps. Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 6.

Die bayerische Verlustliste Nr. 232 meldet Verluste des Infanterie-Regiments: 1., 4., 5., 6., 10., 12., 13., 16., 17. Infanterie-Regiment. (Schluß folgt.)

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis, III. Abteilung (Friedrichstadt). Zahlabend: Heute Mittwoch, den 10. November, bei Nathmann, Wilhelmstraße 118. — Zahlnachricht: Heute Mittwoch, bei Schim, Charlottenstr. 6. — Zahlmorgen: Donnerstag, den 11. November, bei Krüger, Jerusalemstr. 63. — Alle nicht im Felde befindlichen Genossen werden dringend um ihr Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

5. Kreis, 2. Abteilung. Gemeinshaftlicher Zahlabend beim Genossen Feist, Neue Königstr. 7. Vortrag, Anfang 8 1/2 Uhr. **Schöneberg, Bezirk 7.** Der gemeinshaftliche Zahlabend findet bei Krudt, Baugener Str. 10, statt. Die Genossen sind hierzu besonders eingeladen.

Reinickendorf-Bezirk. Heute Mittwoch, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinshaftlicher Zahlabend in den Eichhorn-Sälen, Eichhornstraße 60.

Weißensee. Die Zahlabende fallen heute aus. Statt dessen findet Dienstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr eine Mitgliederversammlung in der Borussia-Brauerei, Berliner Allee 211, statt.

Treptow-Baumgartenweg. Heute abend: Gemeinshaftlicher Zahlabend für alle 13 Bezirke bei Friedrich Kubat, Am Treptow-Dam 66.

Oberbaumweide. Heute abend 8 Uhr: Zahlabend in den einseleinen Bezirken.

Stralau. Heute abend 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei Schulz, Wartgrafendamm 6.

Britz. Heute Mittwoch, den 10. November, findet ein gemeinshaftlicher Zahlabend im Lokal von Westphal, früher Dornick, Rubower Straße 68, statt. Mitgliederbuch legitimiert.

Santow. Heute Mittwoch, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei Siegl-Doß, Ede Kaiser-Wilhelm- und Schloßstraße.

Schmargendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr: Gemeinshaftlicher Zahlabend im Restaurant Waldater, Barnemünder Str. 14/15.

Steglitz. Gemeinshaftlicher Zahlabend bei Schellhase, Khornt. 15a und bei Jacob, Stephanstr. 9.

Hiersdorf. Der Zahlabend fällt heute aus.

Neukölln. Der Zahlabend Neukölln-Bezirk findet heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal des Genossen Fritz Eldenburg statt.

Kaustdorf-Bezirk. Der gemeinsame Zahlabend findet heute abend 9 Uhr in Biesdorf, Restaurant Schillerstr. (E. Wille), Königstraße 120, statt. Die Genossen und Genossinnen von Kaustdorf treffen sich um 8 1/2 Uhr auf dem Bahnhof, um gemeinsam nach Biesdorf zu fahren.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf. Donnerstag, abends 5 Uhr, im Rathaus, Hauptstraße 38 II (großer Sitzungssaal).

Wilmersdorf. Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Sitzungssaal, Kaiserstraße.

Steglitz. Freitag, den 12. November, abends 6 Uhr.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

G. 100. Sie haben Anspruch auf Wohnung. Stellen Sie einen Antrag an das Ersatzbataillon des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 4. — **H. 35.** Sie werden von den in der Notiz angegebenen Personen nicht betroffen. — **W. 102.** Sie werden keine Erde mehr erhalten. — **H. 25.** Unterleibschmerz und Herzleiden; landsturmpflichtig. — **H. 3. 18.** Wenn keine Kinder vorhanden sind und kein Testament errichtet ist, erbt der Ehegatte die Hälfte des Nachlasses und die Hälfte des Nachlasses, die andere Hälfte erbt die Schwester. Der Ehegatte wird zur Einreichung eines Nachlassverzeichnisses vom Nachlassgericht aufgefordert werden. — **H. 2. 1875.** Ja. — **H. 11. 5.** Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — **H. 73.** Sie werden nicht mehr eingezogen. — **Willy 20.** Nein. — **H. 1. 3a.** — **Pantow 7.** Mit derartigen Adressen können wir leider nicht dienen. — **H. 18.** Genauen und zuverlässigen Bescheid erhalten Sie auf dem nächsten Güterbahnhof. Die einzelnen Bestimmungen darüber sind und werden nicht zur Verfügung. — **H. 3. 36.** Am Montag, den 8. November haben wir darüber berichtet. Mehr können wir auch jetzt nicht mitteilen. — **Ideal 16.** Senden Sie sich an die Kaufstelle des Kriegsministeriums, Dortheimstraße 45. — **H. 3. 35.** Senden Sie sich an einen derartigen Verein, deren Adressen Sie im Adressbuch finden. 2. Band, Teil 2, unter „Vereine“. — **G. W. 1774.** Aus Jungfrauen sind in Ausnahmefällen darüber ausgeschlossen. — **Pantow 15.** I. Senden Sie sich an die Kaufstelle des Arbeiter-Vereins, Alexander-, Braunsberger Str. 43. 2. Ist nicht überall gleich. — **H. 3. 35.** Diese Behauptung ist uns allerdings auch zu Ohren gekommen. Richtiges konnten wir jedoch nicht in Erfahrung bringen. — **G. 3. 22.** Ist die lateinische Bezeichnung für König. — **H. 75.** Hat die Bedeutung von geheimen Aufträgen, Mäntel schmieden, wodurch dem andern sein Vorhaben durchkreuzt werden soll

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft.

Nur nach Stunden noch wird mit niedrigen Preisen zu rechnen sein.

Plüschmäntel
in Seal, glatt u. Blusenform, lang u. halblang
nur nach Stunden noch 68.— 92.— 118.—
zu neuen Preisen . . . 90.— 115.— 145.—
in Seidenplüsch, samtartig
nur nach Stunden noch 33.— 48.—
zu neuen Preisen . . . 50.— 70.—
in Krimmer, Weißplüsch, kurz und lang, mit
bestem Futter, gediegene Qualitäten
nur nach Stunden noch 42.— 61.— 82.—
zu neuen Preisen . . . 60.— 80.— 105.—
in Mohair-Astrachan, ganz lang u. halblang,
auf bestem Futter
nur nach Stunden noch 27.— 35.— 45.—
zu neuen Preisen . . . 40.— 50.— 65.—

Polstermäntel.
schö. Pers., Seidenblum., Nerr., Breitschwanz, Maul-
wurf nur nach Stunden noch 1000.— 800.— 600.—
zu neuen Preisen 1400.— 1200.— 900.—
Beate Felie! Beate Kürschnerarbeit!
Seal electric-Mäntel, Orenburger, Nerzmarial,
wunderbare Formen, mit echten Besätzen
nur nach Stunden noch 280.— 175.— 100.—
zu neuen Preisen 375.— 250.— 150.—
Eleg. kurze Kidkreuz-, Astrach.-, Plüsch-, Krimmer-
jacken, nur nach Std. noch 60.—, a. n. Pr. bod. teur.
Ganzk. I. Steinmarder, Nerz, Fuchs, Skunks, Her-
melin, Seal jets noch bill., a. neu Pr. viel teurer.
Sonntag 12-3 geöffnet.

Kostüme
In braun, Blau, Schwarz
Samt, mit echten Falt-
säcken und Verbrämungen,
auf bestem, reinseid. Futter
M. 75.—
bei Neuansehung weiß
über M. 100.—
**Frachtkolle Kammergarn-
sur kurze Zeit**
20.— 22.— 45.—
bei Neuansehung um das
Doppelte teurer.

Starke
Figuren finden
Passendes
in allen Abteilungen.

II. Große Frankfurter
Straße 115
Inhaber-Adressen

Westmann

**Neu-
erscheinungen**
Buchhandlung Vorwärts
Berlin O.B. 63, Lindenstraße 3

**Mächte
des Weltkrieges**
5 Bde
Das englische Weltreich
von Dr. P. Lenk. Preis 75 Pf.
Vereinsausgabe 40 Pf.

**Dokumente
des Weltkrieges**
Das serbische Klabauch
Preis 50 Pf.

Schriftenverzeichnis
auf Verlangen gratis und portofrei

